

STOPPT
KRIEGS-
FORSCHUNG
AN HOCH-
SCHULEN!

»Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen — Bundeswehr raus aus den Schulen!«

Dokumentation der gleichnamigen Veranstaltung vom 30. Juni 2010

Herausgeber: LASS GEW Hessen, Redaktion: GEW-Studierendengruppe Frankfurt

In zunehmendem Maße wird an deutschen Hochschulen Forschung für den Krieg betrieben – in einer Zeit, in der der deutsche Staat weltweit militärisch engagiert ist und dafür ein immer schlagkräftigeres Militär schafft. Diese Forschung umfasst Waffentechnik, Wehrmedizin, Sicherheitsforschung, sozialwissenschaftliche Expertisen u.v.m. Der Aufrüstungsprozess Deutschlands ist jedoch gesellschaftsweit und umfasst die technische, strukturelle wie ideologische Militarisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche. Gerade in dieser Durchdringung der Gesellschaft liegt ihre besondere politische Gefahr, was an der Nutzung des Klassenzimmers für Rekrutierungs- und Propagandazwecke der Bundeswehr – also bei sehr jungen Menschen – sichtbar wird.

Doch der Protest wächst. Vielerorts sind Initiativen entstanden, die Politik gegen Militär- und Sicherheitsforschung machen. An mehreren Universitäten sind studentische Urabstimmungen über eine Zivilklausel geplant.

Die Broschüre „Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen!“ versucht mit mehreren Texten Analysen und Perspektiven des Protestes zu vermitteln.

INHALTSVEREICHNIS

1. EINLEITUNG

- 4 *Martina Schreiner*, GEW-Studierendengruppe Frankfurt
Die Hochschulen im Kriegseinsatz. Zur Militarisierung von Geist und Gesellschaft
 - 1. Kritik an Militärforschung und die Notwendigkeit des Protests
 - 2. Bericht über die Veranstaltung am 30. Juni 2010
 - 3. Vorstellung der Hauptbeiträge
- 11 Flugblatt für die Veranstaltung am 30.6.2010
- 14 Grußworte zur Veranstaltung am 30.6.2010
 - Renate Bayer, ver.di München
 - AG Friedliche Schule München

2. REFERATE

- 17 *Peer Heinelt*
Kriegsforschung und Militarisierung der deutschen Hochschulen
 - 1. Die sozioökonomischen Ursachen der Militarisierung des Wissenschaftsbetriebs
 - 2. Die Militarisierung der Naturwissenschaften – das Beispiel Frankfurt
 - 3. Die Militarisierung der Sozialwissenschaften – der SFB 700
 - 4. Die Militarisierung der akademischen Lehre – der Studiengang „Military Studies“
- 28 *Dietrich Schulze*
Widerstand gegen Kriegsforschung und Kampf für eine Zivilklausel
- 36 *Karola Stötzl*
Den Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen
Politische Bildung ist die Aufgabe von Lehrkräften

3. DISKUSSIONSBEITRÄGE

- 42 *Heinz Klee*
Militarisierung der Gesellschaft
- 44 *Louis Meyer*
Fakten zur Militarisierung der Universität Ulm

4. BEILAGE

- 48 Strategiepapier zum Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschulen

Einleitung

DIE HOCH- SCHULEN IM KRIEG- SEINSA T Z

**ZUR MILITARISIERUNG VON GEIST UND
GESELLSCHAFT**

von Martina Schreiner, GEW-Studierendengruppe Frankfurt

1. KRITIK AN MILITÄRFORSCHUNG UND DIE NOTWENDIGKEIT DES PROTESTES

„Die Goethe-Universität Frankfurt führt wehr- und sicherheitstechnische Forschungen durch“¹ – so die hessische Landesregierung 2009. An immer mehr deutschen Hochschulen werden im Auftrag von Verteidigungsministerium und Rüstungskonzernen Erkenntnisse für den Krieg gewonnen. Sowohl Anzahl der Forschungsprojekte wie finanzielle Zuwendungen erhöhen sich zunehmend. Die Forschungen dienen nicht allein der technischen Aufrüstung, etwa der Erforschung neuer Waffen, Aufklärungssysteme oder Wehrmedizin. Zwar nehmen diese naturwissenschaftlichen Forschungen den größten Anteil an der Militärforschung ein, was nicht zuletzt an der hochtechnisierten Kriegsführung der Industriestaaten liegt. Doch auch die Sozialwissenschaften tätigen militaristische Studien: Dort wird etwa das soziale Milieu eines Einsatzgebietes nach Widerstandspotential und Besatzungsakzeptanz kartographiert oder analysiert, wie am effektivsten auf die langfristige Entwicklung von Akzeptanz während einer Besatzung eingewirkt werden kann. In der Lehre ziviler Hochschulen finden sich ebenfalls immer mehr militärische Inhalte – in Potsdam sogar ein expliziter Militärstudiengang.

Innere und äußere Sicherheit – ist das nicht das Gleiche?

Die Ursache des gesteigerten Militarismus liegt in den Verwertungsproblemen des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt². Diese werden durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft. Doch begreift der Weltmarkt wie die Produktion des Kapitals ebenso das Inland mit ein, und entsprechend ist die Antwort des Staates auf Verwertungsprobleme nicht aufs Ausland beschränkt. Wenn es im Ausland darum geht, die Verwertung des deutschen Kapitals gegen seine Konkurrenten oder andere, gegebenenfalls auch nichtkapitalistische Interessen zu erzwingen, so ist, um die „soziale Integrität“ im Innern zu wahren, verschärfte Repression notwendig. Ebenfalls in der Folge immer krisenhafterer und umso aggressiverer Kapitalkreisläufe werden die Lohnarbeitenden in ihren Lebensbedingungen unter Druck gesetzt, zum einen weil die Kapitale den Ausbeutungsgrad erhöhen und ihre Ausgaben in Lohn verringern müssen, zum andern, weil dem Sozialstaat die Mittel zur Aufrechterhaltung einer zureichenden Versorgung fehlen. Eine Trennung von Militär und Polizei ist also letztlich künstlich, beide Male geht es um professionelle bewaffnete Gewalt zur Wahrung staatlicher Interessen. Von daher ist auch die innere Sicherheit nur ein anderer Ausdruck für denselben Gegenstand wie die Kriegsführung im Ausland. Daher gehört an der Hochschule zur Kriegsforschung unmittelbar auch die Sicherheitsforschung, die Entwicklung von Sicherheitstechnik ebenso wie Sozialprognosen für Wirtschaftsentwicklung und Analysen zu Widerstandspotentialen sogenannter Randgruppen.

¹ Hessischer Landtag, Drucksache 18/146.

² Peer Heinelts Beitrag führt diesen Zusammenhang aus.

Militarisierung der Gesellschaft

Vorbereitung der Gesellschaft auf Kriegseinsätze bedeutet daher ihre institutionelle und ideologische Durchdringung mit militärischen Strukturen: An den Schulen gewöhnen Jugendoffiziere Kinder an die Uniform und einen militärisch agierenden Staat. Im Einsatz gestorbene Soldaten werden mit unüberbietbarem Zynismus als „gefallene Helden der deutschen Nation“ gefeiert. Immer häufiger werden militärische Auftritte öffentlich und damit als Staatsakt durchgeführt, sei es für öffentliche Gelöbnisse oder zur Verabschiedung des Bundespräsidenten Horst Köhler. Immer mehr private Unternehmen sind in den Kriegseinsatz einbezogen und von ihm abhängig. Im Rahmen des Schaumburger Modells werden in zivilen Unternehmen Jugendliche als technisches Personal und als zukünftige Zeitsoldaten für die Bundeswehr ausgebildet. Die Feldpost der Bundeswehr wird von Mitarbeitern der zivilen deutschen Post AG bearbeitet und ausgeliefert. Durch die Verzahnung mit großen zivilen Hilfsorganisationen über Heimatschutzkommandos erweitert die Bundeswehr ihren Aktionsraum und löst hier wie auch bei ihren sich häufenden Einsätzen im Innern strukturelle Grenzen zwischen Staatsapparaten auf.

Es lässt sich aus alledem festhalten: Die Koordinierungswege zwischen sehr unterschiedlichen sozialen Strukturen und der Bundeswehr werden gebahnt und etabliert, es entstehen personelle Verbindungen und wechselseitige Kenntnisse der Funktion der Apparate – in letzter Instanz stehen all diese Strukturen zur Verfügung der Bundeswehr und damit

der staatlichen Repressionsgewalt im Einsatz nach innen und außen. Ebenso wird ideologisch der Weg bereitet, die Bundeswehr als Repräsentant des Staates selbstverständlich gemacht und damit auch wieder, aus der Sicht des treuen Untertans, der Gedanke von der Stärke des eigenen Staats.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass „ideologische Militarisierung“ nicht nur geplant wird, sondern in krisenhaften Zeiten sich auch eigenständig entwickelt: Wenn die Verhältnisse unsicherer werden, die eigene Existenz permanent bedroht ist und dem aus eigener Kraft nichts entgegengesetzt werden kann, dann entwickeln sich autoritäre Bewusstseinsstrukturen – Schicksalsdenken, Rassismus, Bedürfnisse nach Gewalt und Zerstörung. Nur der Zusammenschluss in der Stärke eines nationalen Staats scheint dann noch Sicherheit geben zu können. Diese Psychologie passt natürlich wunderbar zum nationalistischen Stolz auf erfolgreiche Bundeswehreinätze.

Antimilitarismus an der Hochschule ist Klassenkampf

Der Kampf gegen Militarismus an der Hochschule bildet deshalb einen Teil einer notwendigen gesellschaftsweiten antimilitaristischen Bewegung. Es geht nicht darum, die Hochschule als Hort der Wissenschaft, wie es die Ideologie will, rein zu erhalten von militärischen Interessen

Der Kampf gegen Militarismus an der Hochschule ist ein Kampf gegen die zunehmende Akzeptanz von staatlicher Gewalt nach innen und außen und gegen Forschungskapazitäten für zunehmend

raffiniertere und zerstörerischere Wehrtechnik. Er ist Teil des Widerstands gegen Herrschaft, Ausbeutung und die strukturelle und zunehmende Enteignung unserer sowieso prekären Lebensbedingungen. Als Widerstand gegen die Intensivierung des Repressionsapparates der herrschenden Klasse ist er Klassenkampf.

Die herrschenden Gedanken sind stets die Gedanken der herrschenden Hochschule

Allerdings ist die Zunahme militaristischer Lehre und Forschung in den Hochschulen besonders problematisch für die Entwicklung des politischen Geistes. Denn dort wird die Klasse der Intellektuellen, werden die Meinungsgeber/innen der Gesellschaft produziert. Die meisten Journalisten/innen, Politiker/innen, Juristen/innen und Schriftsteller/innen verbringen mehrere Jahre an der Universität, und nach ihrer sozialen Stellung artikulieren sie einerseits Stimmungen und Bewusstseinslagen in systematischer Form, können andererseits aber ebenso darauf einwirken.

Militaristisches Denken besteht nicht nur in konkreter Argumentation für militärische Einsätze, wie sie z.B. in der Formel von der Humanitären Intervention entwickelt wurde, oder in der allgemeinen Legitimation von Herrschaft und einem staatlichen Gewaltmonopol. Vielmehr entsteht, wenn Militarismus und Repression als gesellschaftlicher Bezugspunkt von Wissenschaft normal werden, auch eine neue chauvinistische Form des Denkens. Die ist freilich ebenso durch allgemeine Tendenzen des Geistes und nicht allein durch Militärforschung bedingt. Aber indem im Zweck auf den militärischen

Einsatz hin geforscht und gedacht wird, und das heißt unter Absehung von den Bedürfnissen von Menschen, unter Absehung von vertragsförmigen Lösungsmöglichkeiten von Interessensgegensätzen, sowie der grundsätzlichen Infragestellung der sozialen Grundlagen derselben, dann entwickelt sich ein technischer, instrumenteller Geist, für den der Militarismus nur ein besonders effektives Mittel neben anderen ist. Eine wahrscheinlich noch stärkere Wirkung in dieselbe Richtung geht von der Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft (Bologna-Prozess, Exzellenzinitiative, Studiengebühren usw.) aus, in der Denken sukzessive auf die formale Reproduktion sinnentleerter Erkenntnis reduziert wird und eben damit der pure Nutzen einziger gesellschaftlicher Bezugspunkt wird. Die gegenwärtige Gesamttendenz ist daher ein antidemokratischer und reaktionärer Geist.

Antifaschismus heißt Antimilitarismus

Zu recht hieß es in einem Grußwort zu unserer Veranstaltung am 30. Juni: „Die Hochschulen dürfen nicht wieder zum Hort der Reaktion werden!“ Wird dort Aufklärung und demokratisches Bewusstsein schon in der Form des Denkens zerstört und umfangreich über Gewalt als vernünftiges Mittel nachgedacht, bis hin zur Mobilisierung eines kompletten staatlichen Militärapparates gegen „den Feind“, dann wird die Verankerung rechter Strukturen in den Hochschulen (schon jetzt sichtbar in der Auseinandersetzung mit den Burschenschaftlern in den Erstsemestereinführungen, die dort versuchen, ihr reaktionäres und

patriarchales Gedankengut an den Mann zu bringen) auch politisch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Antifaschismus heißt daher auch Antimilitarismus, und nicht nur an der Hochschule: Die politische Notwendigkeit des Faschismus entsteht dort, wo der Militarismus nicht mehr dazu ausreicht, die Kapitalverwertung stabil zu halten. Aber der allgemeine Militarismus der Gesellschaft, wie er jetzt bevorsteht, seine soziale und ideologische Zersetzung der bürgerlichen Demokratie, bereiten den Boden, dass, was am Faschismus politisch notwendig sein mag, auch Wirklichkeit werden kann.

2. BERICHT ÜBER DIE VERANSTALTUNG AM 30. JUNI 2010

Die für diese Broschüre titelgebende Veranstaltung fand am 30. Juni 2010 im Café KoZ im Studierendenhaus der Uni Frankfurt statt. Über 200 Gäste waren gekommen und hörten den Vorträgen von Peer Heinelt, Dietrich Schulze und Karola Stötzel zu. Die drei Vorträge bilden daher auch den Hauptteil dieser Broschüre und werden unten nochmal genauer vorgestellt. Wir hatten in der GEW-Studierendengruppe das Thema aufgegriffen, weil Antimilitarismus ein Grundthema gewerkschaftlicher Arbeit ist oder sein muss. Mit dem Vortragsabend verfolgten wir den Zweck, die öffentliche Diskussion zum Militär in Hochschule und Schule weiterzubringen und auch an der Uni Frankfurt einen bisher nicht aufgetretenen Protest dagegen in Bewegung zu bringen.

Die Veranstaltung war in vielerlei Hinsicht ein Erfolg. Bereits im Vorfeld hatten

wir festgestellt, dass an unserem Flugblatt ein reges Interesse genommen wurde, es zu Fragen und Diskussion Anlass gab, und insofern allein das Flugblatt zu politischer Aufklärung beigetragen hat. Darum haben wir den recht umfangreichen Flugblatttext auch in diese Broschüre mitaufgenommen. Insgesamt haben wir 12500 Stück gedruckt und verteilt. Auch die Unterstützerliste konnte sich sehen lassen, sie reicht von Gliederungen der Studierendenvertretung an Uni und FH Frankfurt über gewerkschaftliche Gruppen bis hin zum Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer in Frankfurt – für die vollständige Liste sei ebenfalls an das Flugblatt hier in der Broschüre verwiesen. Da dieser Gesamtpersonalrat die politische Vertretung des Lehrpersonals an Schulen in Frankfurt ist, bedeutet dies auch ein klares Signal gegen Propaganda und Rekrutierung der Bundeswehr an den Schulen. Das ist ein aktuelles Thema, da es im Augenblick entsprechende Kooperationsverhandlungen zwischen dem hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr gibt.

Die hohe Resonanz – ein übervoller Saal, bei den erdrückenden Temperaturen dieses Junis – zeigt aber auch, wie aktuell das Thema Krieg und Militarismus im Moment ist und wie verbreitet die Erkenntnis dieser Zusammenhänge. Dabei stammten die Teilnehmenden aus sehr verschiedenen Bereichen und waren nur zur Hälfte studentisches Milieu; ebenso waren viele Lehrerinnen und Lehrer und gewerkschaftlich Organisierte (u.a. GEW, ver.di, IG Metall, Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik) zugegen, und ein sehr gemischtes politisches Spektrum: aus der Friedensbewegung (DFG-VK, Bundeswehr wegtreten),

aus verschiedenen Jugendorganisationen (SDS, FDJ, SDAJ, Grüne Jugend, Jusos) und aus dem hiesigen Bildungsprotest (Protestplenum Frankfurt). Das Thema ist also für sehr unterschiedliche Gruppen von Bedeutung und scheint das Potential für eine breite gesellschaftliche Gegenbewegung zu haben. Manche waren sogar aus weiter entfernten Städten angereist, aus Ulm, Köln und Karlsruhe, und kurz vor der Veranstaltung hatten uns mehrere Grußadressen von außerhalb erreicht, von denen ebenfalls zwei in der Broschüre dokumentiert sind.

Zwar verhielten sich die Diskussionsbeiträge durchweg in empörter Kritik zum Thema, so dass zum Ende fehlende inhaltliche Auseinandersetzungen bemängelt wurden. Immerhin konnten sie den Referaten einiges an Information hinzufügen. Zwei davon, über die Militarisierung des Arbeitsverhältnisses von Heinz Klee (Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall Frankfurt und ver.di Frankfurt) und über wehrmedizinische Forschung und Lehre an der Uni Ulm von Louis Meyer haben wir in der Broschüre mit abgedruckt. Diskussion gab es aber auch zu vielen anderen Themen. Kritisiert wurde ein Beschluss des GEW-Hauptvorstandes zur Bundeswehr an Schulen, in dem Veranstaltungen von Militärs akzeptiert werden, insofern auch Bundeswehrkritikern Raum für Vorträge gegeben wird. Das sei keine realistische Protestoption, da die Friedensbewegung über erheblich weniger Ressourcen und Kompetenzen verfügt als die mit mehreren Milliarden ausgestattete Bundeswehr. Statt dessen müsse die Forderung lauten: Bundeswehr raus aus den Schulen!

Als konkrete Politik haben wir von der Veranstaltung ausgehend eine Kampagne

für eine Zivilklausel an der Uni Frankfurt begonnen; mit einer solchen Zivilklausel wäre Lehre und Forschung juristisch bindend an ausschließlich zivile Zwecke gebunden. Auf der Veranstaltung haben wir dazu zu einem antimilitaristischen Koordinierungskreis eingeladen, der nun seit Juli arbeitet. Für die weitere Koordination und Diskussion ist eine hessenweite Klausurtagung am 20. November in Frankfurt geplant. Wer Interesse hat, kann sich unter zivilklausel@yahoo.de melden oder auf antimilffm.blogspot.de informieren. Auf dieser Website finden sich viele aktuelle Informationen zur Kampagne, anstehende Termine, eine Linkliste zum Protest Militarisierung von Gesellschaft und Bildungseinrichtungen sowie Materialien mit Analysen und Hintergrundinformationen.

3. VORSTELLUNG DER HAUPTBEITRÄGE

Peer Heinelt zeigt in seinem Beitrag „Kriegsforschung und Militarisierung der deutschen Hochschulen“, dass die militaristischen Tendenzen in der Wissenschaft durch die Dynamik einer Ökonomie bedingt sind, deren Krisentendenzen sich mit friedlichem Handel nicht mehr begnügen können. Er geht speziell auf sicherheitstechnische Forschung in den Naturwissenschaften, sozialwissenschaftliche Militärforschung im SFB 700 in Berlin sowie den Studiengang Military Studies in Potsdam ein.

Im zweiten Beitrag führt Dietrich Schulze aus, wie die neue Bewegung für eine Zivilklausel in Karlsruhe entstanden ist. Er verfolgt weitere Etappen der Entwicklung des Protests seit 2008 – Beschlüsse,

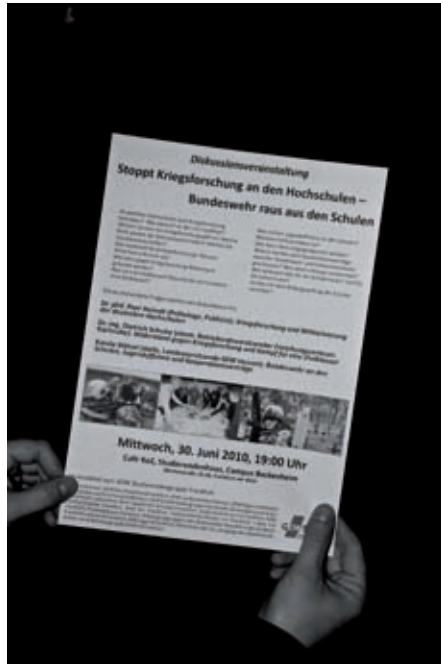
Erfolge, Tagungen – und schließt mit Strategieüberlegungen für die Durchsetzung einer Zivilklausel. Im Zusammenhang mit diesen sei hier auch auf das Strategiepapier am Ende der Broschüre hingewiesen, an dem Dietrich Schulze wesentlich mitgewirkt hat.

Karola Stötzel berichtet, wie die Bundeswehr mit Jugendoffizieren Einfluss auf

Unterrichtsthemen, Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen und die Schüler und Schülerinnen nimmt. Diese Maßnahmen seien einerseits dem enormen Rekrutierungsbedarf, andererseits dem schlechten Image der Bundeswehr geschuldet sind. Zur Unterstützung antimilitaristischer Arbeit an Schulen gibt sie schließlich mehrere Argumentationshilfen.

FLYER zur Diskussionsveranstaltung am 30. Juni 2010 im Café KoZ, Frankfurt/Main

Der Flyer:



TEXT AUF DER VORDERSEITE

- An welchen Hochschulen wird Kriegsforschung betrieben? Was passiert an der Uni Frankfurt?
- Welche Formen von Kriegsforschung gibt es? Welche Rolle spielen die Naturwissenschaften? Welche die Sozialwissenschaften?
- Was bedeutet Sicherheitsforschung? Wessen Sicherheit erforscht sie?
- Wie kann gegen Kriegsforschung Widerstand geleistet werden?
- Was ist eine Zivilklausel? Braucht die Uni Frankfurt eine Zivilklausel?
- Was suchen Jugendoffiziere an den Schulen? Welchen Einfluss haben sie?
- Was kann dem entgegengesetzt werden?
- Warum werden jetzt Kooperationsverträge zwischen Bundeswehr und Kultusministerien geschlossen? Was wird in Hessen vorbereitet?
- Was bedeutet dies für die SchülerInnen? Und für die LehrerInnen?
- Ist dies mit dem Bildungsauftrag der Schulen vereinbar?

Diese und andere Fragen wollen wir diskutieren mit:

- Dr. phil. Peer Heinelt (Politologe, Publizist): Kriegsforschung und Militarisierung der deutschen Hochschulen
- Dr. Ing. Dietrich Schulze (ehem. Betriebsratsvorsitzender Forschungszentrum Karlsruhe): Widerstand gegen Kriegsforschung und Kampf für eine Zivilklausel
- Karola Stötzel (stellv. Landesvorsitzende GEW-Hessen): Bundeswehr an den Schulen: Jugendoffiziere und Kooperationsverträge

Veranstaltet durch: GEW Studierendengruppe Frankfurt

Die Veranstaltung wird unterstützt durch: GEW Bezirksverband Frankfurt, GEW Landesverband Hessen, GEW Regionalverband Hochschule und Forschung Südhessen, GEW Studierendengruppe Darmstadt, Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Frankfurt, StadtschülerInnenrat Frankfurt, AstA Fachhochschule Frankfurt, AstA Uni Frankfurt, Fachschaftenkonferenz Uni Frankfurt, L-Netz Uni Frankfurt, Protestplenum Frankfurt, Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall Frankfurt und ver.di Frankfurt, DGB Jugend Frankfurt, HörerInnen des 74. Lehrgangs der Akademie der Arbeit, ver.di Betriebsgruppe Uniklinik Frankfurt

TEXT AUF DER RÜCKSEITE

„Die Goethe-Universität Frankfurt führt wehr- und sicherheitstechnische Forschungen durch“, berichtet die Hessische Landesregierung. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt wird an mehr als zwei Dutzend deutschen Hochschulen Forschung für den Krieg betrieben. Gleichzeitig hält das deutsche Militär Einzug in die Klassenzimmer und Schulhöfe.

Noch im Jahr 1992 hatte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) bemängelt, Deutschland sei „auf Kampfeinsätze [...] im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet“ und programmatisch gefordert: „Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“ Inzwischen ist die Bundeswehr längst zur „Armee im Einsatz“ geworden. Ihre Einsätze lassen sich

„weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen“, wie in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 klargestellt wurde. Deutschland führt Krieg und besetzt Länder – vom Kosovo bis nach Afghanistan. Die Bundeswehr wird eingesetzt – vom Horn von Afrika bis nach Heiligendamm.

Dafür sollen auch die Hochschulen ihren Beitrag leisten. Das Institut für Nachrichtentechnik an der Uni Karlsruhe erforscht die Heereskommunikation für den Interventionskrieg von morgen. An der Uni Stuttgart werden Diplomarbeiten zur Stabilisierung von Geschoss-Projektilen beworben. An der Uni Gießen wurde vorsorglich schon mal das „Hörschaden-Risiko für Knalle, Explosionen und Dauerlärm“ untersucht – als wehrmedizinisches Projekt finanziert vom Verteidigungsministerium (BMVg). Im Celler Appell (Motto: „Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“)

hatten Commerzbank und BMVg bereits 2008 erklärt, sie wollten „aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.“ Ganz in diesem Sinne wurde im März 2010 an der Technischen Universität München ein „EADS-Stiftungslehrstuhl für Hubschraubertechnologie“ geschaffen – finanziert von der Firma Eurocopter, Tochter des Rüstungskonzerns EADS und einer der weltweit größten Hersteller für Militärhelikopter.

Auch die Sozialwissenschaften forschen kräftig mit. In Oldenburg werden „die sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen“ untersucht. Dies führt nicht zur Ablehnung militärischen Engagements, sondern zu Vorschlägen, um Krieg und Besatzung effektiver zu gestalten. Offizieller Name: Arbeitsstelle Interventionskultur. Das Kulturland Deutschland hat dabei noch mehr zu bieten. An der Universität Potsdam wurde im Jahr 2007 ein kompletter Masterstudiengang Military Studies eingerichtet. Dort können bei Bundeswehr-Bediensteten „die Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt“ studiert werden. Die taz kommentierte: Zum „Diplom-Feldherr in vier Semestern“ (11.10.07).

Zusätzlich schickt die Bundeswehr ihre Jugendoffiziere in die Hochschulen und Schulen. 2008 führten sie Veranstaltungen mit fast 200.000 TeilnehmerInnen durch. An ersten Hochschulen können in den Veranstaltungen der Jugendoffiziere

Scheine erworben werden. Auf Berufsbildungsmessen wirbt die Bundeswehr für ihr todsicheres Handwerk. An den Schulen organisiert sie Klassenfahrten, Seminartage und lädt ganze Schulklassen in die örtliche Kaserne ein, Schießsimulation inklusive.

Als wäre dies nicht genug, schließt die Bundeswehr weitgehende Kooperationsverträge mit den Kultusministerien – bereits geschehen in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Als nächstes soll ein neuer Vertrag in Hessen folgen. Dadurch bekäme die Bundeswehr verstärkt Einfluss auf die LehrerInnenfortbildung und Referendarsausbildung. Darüber hinaus kann durch Evaluierungen Druck auf Schulen und LehrerInnen ausgeübt werden. In Nordrhein-Westfalen führte dies bereits zu einem weiteren Anstieg der Bundeswehr-Aktivitäten an den Schulen.

Dem stellen wir uns entgegen!

Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wenn an unseren Universitäten Kriege vorbereitet werden und an unseren Schulen das Militär einzieht!

GRUSSADRESSE VON RENATE BAYER, VER.DI MÜNCHEN

In der Zielvereinbarung vom 18. Juli 2008 zwischen der Technischen Universität München und dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist unter Punkt 3.6 Munich Aerospace zu lesen:

„Der Wissenschafts- und Technologieraum München ist über Jahrzehnte auf eine stattliche Zahl von Luft- und Raumfahrtaktivitäten angewachsen, die nur unvollständig miteinander verschränkt sind. Aus wissenschaftlicher Sicht erscheint es [...] dringend erforderlich, die einander ergänzenden Stärken der Wissenschaft zu bündeln und die hohe Industriedichte zu nutzen. Ausgehend von bereits vorhandenen Einzelkooperationen mit international führenden Unternehmen (z.B. EADS/Eurocopter in Ottobrunn/Donauwörth, MTU in München) soll ein international wettbewerbsfähiger Forschungscluster entstehen. Hierzu haben die Technische Universität München, die Universität der Bundeswehr München und die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt am 28. April 2009 vereinbart die MUNICH AEROSPACE zu gründen. [...] Auf diese Weise entsteht die größte nationale Forschungsdichte.“

Wenn man nun noch weiß, dass in Bayern ein Drittel der „nationalen“ Rüstungsindustrie beheimatet ist, bekommt man eine Ahnung davon, was mit Spitzenforschung in diesem Lande wieder gemeint ist und was für eine Elite an unseren Exzellenzuniversitäten wieder herangezüchtet werden soll. Ganz so wie es sich

das von der Commerzbank ins Leben gerufene Bündnis von Politik, Wirtschaft und Bundeswehr vorstellt und im Celler Appell formuliert, „dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an den Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr“.

Die Hochschulen dürfen nicht wieder zum Hort der Reaktion werden! In diesem Sinne wünschen wir Eurer Veranstaltung viel Erfolg und senden herzliche und solidarische Grüße aus Bayern mit dem Versprechen dieser Militarisierung auch hier entgegenzutreten.

> Renate Bayer (ver.di-Vertrauensfrau an der Technischen Universität München und Bezirksfachbereichsvorstandsmitglied Bildung, Wissenschaft und Forschung München)

GRUSSADRESSE DER AG FRIEDLICHE SCHULE DER GEW MÜNCHEN

Liebe Freunde,
wir freuen uns sehr, dass ihr es geschafft habt eine so hochkarätige Veranstaltung auf die Beine zu stellen – sowohl was die Referenten als auch die Unterstützer betrifft!

In den letzten 20 Jahren sind die offiziellen Rüstungsausgaben stetig gestiegen – zuletzt weltweit laut SIPRI um 5,9%. Die BRD ist dabei zur Zeit auf dem 7. Platz bei den Rüstungsausgaben. Und dies nicht, wie die dpa meint, trotz der Krise, sondern wegen ihr! Nicht umsonst schrieb der Nobelpreisträger für Ökonomie Paul Krugman vom Zweiten Weltkrieg als dem „Beschäftigungsprogramm“ zur Beendigung der Krise ab 1929.

Noch kann die BRD als Schwergewicht in der EU den kleinen Ländern die Last der Krise aufhalsen. Noch dulden viele Menschen im Land, dass die Krise nicht von ihren Verursachern und Gewinnlern gezahlt wird. Und noch hält sich der deutsche Export halbwegs durch die Tatsache, dass die BRD zum Billiglohnland geworden ist, in welchem das Volk einen immer geringeren Bruchteil der von ihm hergestellten Waren selbst kaufen kann und in dem der durchschnittliche Arbeiter seine Rente nicht mehr erlebt.

Zunehmend wird neben wirtschaftlichen und diplomatischen Mitteln auch die Gewalt zur Durchsetzung „deutscher Interessen“ oder zur Niederhaltung jeglicher Regung gegen ein drittes „Beschäftigungsprogramm“ zur Beendigung der derzeitigen Weltwirtschaftskrise angewandt.

Nahe gebracht werden soll uns dies u.a. durch die Jugendoffiziere, welche laut dem in Bayern beschlossenen Kooperationsabkommen neben den Schulbesuchen v.a. in die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte eingebunden werden sollen.

Ein Jugendoffizier hat im Bayerischen Rundfunk am 8. Juni erzählt, was er den Leuten so beibringt: „90 Prozent eines Edelmetalls, nämlich Coltan, wird zur Zeit im Kongo gefördert und unsere Chip-, Computer- und die ganze Siliziumindustrie ist wesentlich abhängig von diesem Material. Wenn ich dann frage: Wer von Euch hat ein Handy? Melden sich alle und heben den Arm. Und dann verstehen sie auch wie hier Sicherheitspolitik mit Wirtschaft zusammenhängen kann.“

Es ist ein altes Rezept „nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern [...] bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, das die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien“ beginnt.¹ Sei es, dass man die Humanität vorschiebt wie Rot-Grün beim Krieg gegen Jugoslawien oder eben auf blanken Egoismus setzt wie Horst Köhler oder obiger Jugendoffizier – beides ist die laut Grundgesetz verbotene ideologische Vorbereitung von Angriffskriegen.

Wehren wir uns gemeinsam gegen diese Bedrohung!

Wir wollen nicht für Unterdrückung,

¹ A. Hitler: Rede vor der deutschen Presse, 10.11.1938

Tod und Vernichtung arbeiten, sondern mit unserer Arbeit zu einer freien und friedlichen Welt beitragen!

Wir wollen nicht, dass unsere Schüler zu Tätern oder Opfern neuer Kriege werden!

Deshalb wünschen wir eurer Veranstaltung eine heiße aber freundschaftliche

Diskussion und dass sie in Folge große Kreise ziehen möge!

Friedliche & solidarische Grüße

> Stephan Lippels (AG Friedliche Schule der GEW München)

KRIEGSFORSCHUNG
&
MILITARISIERUNG
DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Betrachtet man die hiesige Hochschul-landschaft, sind folgende Phänomene nicht zu übersehen: An den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen ziviler Universitäten richten Rüstungsunternehmen „Stiftungsprofessuren“ ein; unter Mitwirkung der Bundeswehr-Hochschulen entstehen hier „zivil-militärische“ Forschungsverbände und „Exzellenzcluster“.¹ Sozialwissenschaftliche „Sonderforschungsbereiche“ wie der SFB 700 an der FU Berlin² und die „Arbeitsstelle Interventionskultur“ der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg³ befassen sich explizit mit der Optimierung aktueller und künftiger Militäreinsätze. Um die Behandlung durch Kriegseinwirkung traumatisierter und schwer verletzter Soldaten zu verbessern, bilden Krankenhäuser der Bundeswehr und zivile Universitätskliniken „Wirkverbände“, die sowohl den Austausch von Personal als auch gemeinsame Bildungs-

und Forschungsprojekte beinhalten.⁴ Eine Studie der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen listet allein 60 zivile deutsche Hochschulen auf, an denen sich Wissenschaftler mit „wehr- und sicherheitstechnischen“ oder „wehrmedizinischen“ Fragestellungen befassen.⁵

Parallel dazu bieten die sogenannten Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen „sicherheitspolitische Seminare“ an oder führen Interessierte durch das „geostrategische“ Simulationsspiel POL&IS („Politik und internationale Sicherheit“).⁶ Zentrale Denkfabriken der deutschen Streitkräfte – namentlich das Sozialwissenschaftliche Institut und das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr – delegieren Lehrkräfte an den Studiengang „Military Studies“ der Universität Potsdam und stellen den Teilnehmern Praktikumsplätze zur Verfügung.⁷ Auch an anderen Hochschulen offerieren Bundeswehrangehörige regelmäßig Lehrveranstaltungen und informieren Absolventen über militärische „Berufsfelder“.⁸ Die akademischen Organisationen des Reservistenverbandes – der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) sowie die Außen- und

¹ Siehe hierzu Peer Heinelt: Unis auf Kriegskurs. „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ an bundesdeutschen Hochschulen (Teil I). In: Junge Welt v. 16.02.2010, Nr. 39, S. 10f.

² Zur Selbstdarstellung des Sonderforschungsbereichs 700: „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“, den hier durchgeführten Forschungsprojekten und den hier erarbeiteten Publikationen siehe www.sfb-governance.de. Eine kritische Betrachtung des SFB 700 bietet die AG Paul Revere (Hg.): *Failing Science. Embedded Stakeholders*. Wider den SFB 700, Karlsruhe 2009. Siehe in diesem Zusammenhang auch Peer Heinelt: *Herrschaftswissen. „SFB 700“: Ein Institut an der FU Berlin liefert Informationen und Strategiekonzepte für bundesdeutsche Großmachtspolitik*. In: Junge Welt v. 15.09.2008, Nr. 216, S. 10f.

³ Zum Forschungsprogramm der Arbeitsstelle siehe Arbeitsstelle Interventionskultur Universität Oldenburg (Hg.): *Folgekonflikte nach militär-gestützten humanitären Interventionen, Oldenburg 2008*; eine kritische Darstellung der Institution bietet die Meldung „Interventionskultur“ v. 20.05.2010 auf www.german-foreign-policy.com.

⁴ Siehe hierzu die Meldung „Gesundheitswesen, zivil-militärisch“ v. 22.07.2009 auf www.german-foreign-policy.com.

⁵ Sarah Nagel: *Hochschulen forschen für den Krieg*. IMI-Studie, Nr. 7, 2009, insb. S. 4.

⁶ Siehe hierzu Peer Heinelt: *Besatzungswissenschaft. „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ an bundesdeutschen Hochschulen (Teil II)*. In: Junge Welt v. 17.02.2010, Nr. 40, S. 10.

⁷ Vgl. ebd., S. 10f. Zur Selbstdarstellung des Studienganges siehe www.militarystudies.de.

⁸ Siehe hierzu die Meldung „Berufsfeld Bundeswehr“ v. 19.07.2010 auf www.german-foreign-policy.com.

Sicherheitspolitischen Studienkreise (ASS) – werben unter Studierenden nicht nur um Mitglieder, sondern versuchen vor allem, diese für die Mitarbeit an „ein-satzbezogenen“ Projekten zu gewinnen.¹

Die genannten Phänomene werden im Folgenden mit dem Begriff „Militarisierung“² gefasst – verstanden als Einflussnahme des Militärs und mit diesem verbundener Institutionen und Unternehmen auf die an deutschen Universitäten betriebene Forschung und Lehre. Unter „Kriegsforschung“ werden in diesem Zusammenhang all jene wissenschaftlichen Untersuchungen summiert, die in irgendeiner Weise mittelbar oder unmittelbar der Führung von Kriegen respektive der Vorbereitung darauf dienen – auch wenn sie nicht direkt von militärischen Stellen lanciert wurden.

Im ersten Teil dieses Aufsatzes soll ausgehend von den Kategorien einer marxistischen Gesellschaftsanalyse zunächst nach den sozioökonomischen Grundlagen der Militarisierung des deutschen Wissenschaftsbetriebs gefragt werden. In diesem Kontext wird auch zu klären sein, inwieweit sich Kriegsforschung von der sogenannten zivilen Sicherheitsforschung unterscheidet oder ob letztere lediglich ein Bestandteil der ersteren ist.

¹ Siehe hierzu Peer Heinelt: Experten unter sich. „Themenfeld Krieg und organisierte Gewalt“: Die Bundeswehr verstärkt ihren Einfluss auf die deutschen Universitäten. In: Konkret, Nr. 8, 2009, S. 27. Zur Selbstdarstellung des BSH siehe www.sicherheitspolitik.de, zur Selbstdarstellung der ASS siehe www.sicherheitspolitik.org.

² Zur Genese und Karriere der Begriffe „Militarismus“ und „Militarisierung“ siehe Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur, Darmstadt 2008.

Der Frage, wie sich die Militarisierung der deutschen Hochschullandschaft im Einzelnen darstellt und welche Paradigmen dieser zugrunde liegen, wird in den anschließenden Abschnitten anhand von Selbstdarstellungen einzelner Projekte der Kriegsforschung nachgegangen: Kapitel 2 befasst sich mit der Kriegsforschung im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich, wobei entsprechende Untersuchungen der Universität Frankfurt am Main im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Kapitel 3 hat die an geistes- und sozialwissenschaftlichen Einrichtungen betriebene Kriegsforschung zum Inhalt; hier werde ich mich insbesondere dem „Sonderforschungsbereich 700“ der FU Berlin widmen. Der letzte Teil der Arbeit (Kapitel 4) befasst sich am Beispiel des Masterstudienganges „Military Studies“ der Universität Potsdam mit der Militarisierung der akademischen Lehre.

1. DIE SOZIOÖKONOMISCHEN URSACHEN DER MILITARISIERUNG DES WISSENSCHAFTSBETRIEBS

Geht es um die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, sprechen hiesige Medien gerne von einer „tief greifenden“ Krise oder von der „schwersten Krise seit 1945“. Unterschlagen wird dabei – aller Dramatik zum Trotz –, dass es sich um eine Verwertungskrise handelt: Wie die diversen geplatzten Spekulationsblasen eindrücklich zeigen, findet Kapital schlicht nicht mehr in ausreichendem Maße profitable Anlagensphären.

Der Mangel an profitablen Anlagensphären wiederum führt zur Verschärfung

der ökonomischen Konkurrenz – sowohl innerhalb der kapitalistischen Metropolen als auch zwischen diesen und den neuen aufstrebenden Wirtschaftsmächten China und Indien. Zur „Hast und Jagd nach entferntesten Absatzmärkten“, wie Rosa Luxemburg 1913 formulierte,¹ kommt ein „mit Härte und Gewalt geführte(r) Wettbewerb um Ressourcen, Verteilung und Transport“. Das letztgenannte Zitat stammt – anders als vielleicht zu vermuten wäre – nicht von marxistischen Theoretikern, sondern vom Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr² und findet sich in ähnlicher Form in Publikationen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik³, dem militärpolitischen Think-Tank des Bundes. Friedbert Pflüger, Mitglied im Bundesvorstand der CDU und Professor am Department of War Studies des Londoner King's College, sieht gar eine „neue Ära des Imperialismus“ heraufziehen.⁴

¹ Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marx'schen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik, Gesammelte Werke Bd. 5, Berlin (DDR) 1985, S. 446.

² Sechs Antworten zum „Praxishandbuch Energiesicherheit“; www.reservistenverband.de.

³ Hier insbesondere Rudolf Adam: Grundlagen und Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik - wirtschaftliche und unternehmerische Aspekte. Vortrag vor der VSW Hannover, Hannover 30.05.2007; ders.: Geostrategische Risiken für die Energieversorgung in Deutschland. Vortrag auf der Winterarbeitstagung des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. und des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V., Lenzerheide 10.01.2007 sowie ders.: Geostrategische Risiken der Rohstoffsicherheit. Vortrag auf der Fachtagung „Verfügbarkeit von Rohstoffen“ der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“, Berlin 30.03.2006.

⁴ Friedbert Pflüger: Eine neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen, heißt siegen lernen. In: Internationale Politik, Mai/Juni 2010, S. 76-83.

Der offiziellen deutschen Militärpolitik zufolge soll die Bundeswehr als „Instrument“ des besagten Kampfes um Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte fungieren; entsprechende paradigmatische Aussagen finden sich sowohl im 2006 von der Bundesregierung verabschiedeten *Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*⁵ als auch in den 1992 und 2003 vom Bundesverteidigungsministerium verkündeten *Verteidigungspolitischen Richtlinien*⁶. Zur Durchführung der ihnen zugeordneten Mission brauchen die deutschen Streitkräfte ziviles Know-How samt der zugehörigen Experten sowie akademisch ausgebildetes Führungspersonal. Beides ist an Universitäten vorhanden, die sich wiederum über zusätzliche Einnahmequellen freuen – zum Beispiel in Form

⁵ Im Weißbuch werden die bundesrepublikanischen Streitkräfte als „Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ bezeichnet, das den ungehinderten „Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen“ weltweit ebenso gewährleisten soll wie die Abwehr von „Terroristen“, „illegaler Migration“ und global grassierenden „Pandemien“. Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006, S. 11 u. 21f. (Zitate ebd.).

⁶ Laut Paragraph 8 der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 dient die Bundeswehr sowohl der „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können“ (Absatz 2), als auch der „Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Absatz 8). Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 erklären, dass sich „Verteidigung“ heutzutage „geographisch“ nicht mehr „eingrenzen“ lasse, weshalb die Bundeswehr „zur Wahrung unserer Sicherheit“ beitragen müsse, „wo immer diese gefährdet ist“ (Paragraph 1, Absatz 5). Weiter heißt es: „Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln zusätzlich verwundbar“ (Paragraph 3, Absatz 27).

der drittmittelbasierten Projektförderung durch Staat und Rüstungsindustrie.

Die (aktuelle) Verwertungskrise des Kapitals bedingt allerdings nicht nur eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz, sondern ebenso einen verschärften Angriff auf die Lebensbedingungen des metropolitanen Proletariats: Aus den Arbeitenden soll zusätzlicher Mehrwert herausgepresst werden, während den Nicht-Arbeitenden – Rentnern, Arbeitslosen, Kranken – möglichst viel von den ihnen einstmals zugestandenem staatlichen und kommunalen Transferleistungen wieder weggenommen werden soll. Hierfür hat sich allgemein der Begriff „Austerity-Politik“ eingebürgert; hierzu-lande ist auch gerne von „Sparprogrammen“ die Rede. Gemeint ist stets ein und dasselbe: ein Dreiklang aus Sozialabbau (Verringerung staatlicher und kommunaler Transferleistungen), Lohnraub (Reallohnsenkungen bei gleichzeitiger Erhöhung indirekter Verbrauchssteuern) und Zwangsarbeit (sogenannte Ein-Euro-Jobs für die Empfänger von „Hartz IV“).

Um Klassenkampffaktivitäten als Reaktion darauf möglichst im Keim zu ersticken, braucht es eine heimische „Sicherheitsarchitektur“, die auf drei Säulen ruht: den Bundeswehreinheiten im Innern¹, der Repression durch staatliche Behörden und den Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen seitens privater Sicherheitsfirmen. Rüstungsindustrie und zivile Hochschulen liefern das hierfür notwendige Know-how und das

technische Personal. Gleichzeitig bietet die hier betriebene „zivile Sicherheitsforschung“ und die daraus entwickelte „Sicherheitstechnik“ – etwa zum „Schutz kritischer Infrastruktur“² – eine Art Vorsorgeprogramm für den Fall von Angriffen feindlicher Kombattanten im Inland als Reaktion auf die gegenüber den als Verwertungssphären beanspruchten ausländischen Expansionsgebieten exekutierte imperialistische Politik.

Die von offizieller Seite vorgenommene Trennung zwischen Militär- und Sicherheitsforschung erweist sich vor diesem Hintergrund als unsinnig – ein Sachverhalt, dem die staatliche Fraunhofer-Gesellschaft bereits Rechnung getragen hat: Ihre Institute in Freiburg, Pfinztal, Karlsruhe und Euskirchen sind seit 2002 in dem Verbund „Verteidigungs- und Sicherheitsforschung“ zusammengeschlossen. Dazu passend forciert die Rüstungsindustrie bereits seit geraumer Zeit das Prinzip des „Dual Use“ – die Anwendung bestimmter Technologien für militärische wie zivile Zwecke.³

2. DIE MILITARISIERUNG DER NATURWISSENSCHAFTEN – DAS BEISPIEL FRANKFURT

Über die militärische und sicherheitstechnische Forschung in Hessen sagt die

² Einen Überblick über die einzelnen Aspekte der „Sicherheitsforschung“ respektive der „Forschung für die zivile Sicherheit“ gibt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter <http://www.bmbf.de/de/6293.php>.

³ Siehe hierzu Peer Heinelt: Flash & Bang. Zum Zweck der Aufstandsbekämpfung entwickelt die deutsche Rüstungsindustrie sogenannte nichtletale Waffen. In: Konkret, Nr. 5, 2009, S. 29.

¹ Siehe hierzu Peer Heinelt: Heimatschutz. Der Einsatz der Bundeswehr im Inland ist längst Normalzustand. In: Konkret, Nr. 9, 2007, S. 22f.

hessische Landesregierung unter anderem folgendes: „Die Goethe-Universität Frankfurt führt wehr- und sicherheitstechnische Forschungen durch. (...) Bei der Goethe-Universität Frankfurt bestehen und bestanden verschiedene Forschungsprojekte, die von Konzernen an verschiedene Fachbereiche vergeben wurden. Eine detaillierte Aufschlüsselung ist nach Aussage der Universität wegen fehlender Auswertungsmöglichkeiten in der Drittmittelstatistik ... nicht möglich.“¹

Dennoch lässt sich belegen, dass eine Arbeitsgruppe des Physikalischen Instituts der Frankfurter Universität in das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aufgelegte Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“ eingebunden ist. Unter Leitung von Professor Hartmut Roskos werden hier Komponenten einer „Terahertz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional) für Anwendungen in der Sicherheitstechnik (TEKZAS)“ und einer „(a)ktive(n) voll-elektronische(n) Raumtemperatur Echtzeit Terahertz-Kamera für Sicherheitsanwendungen (TeraCam)“ entwickelt.² Bei beiden Forschungsvorhaben handelt es sich um sogenannte Verbundprojekte; an TEKZAS ist neben der Universität Frankfurt das Fraunhofer-Institut für Physikalische Messtechnik (IPM) in Freiburg, die Abteilung „Terahertz-Messtechnik und Systeme“ der TU Kaiserslautern und der Lehrstuhl für Molekulare und

Optische Physik der Universität Freiburg beteiligt.

Laut BMBF dient TEKZAS der Entwicklung einer „Kamera zur Detektion von verborgenen und gefährlichen Gegenständen für Flughäfenkontrollen“; TeraCam soll ein „(a)ktives vollelektronisches in Echtzeit arbeitendes Detektor-System zur Entdeckung von Gefahrstoffen und Waffen“ liefern.³ Die hierzu zum Einsatz kommende Terahertz-Technologie sorgte unter der Bezeichnung „Nacktscanner“ erst unlängst für mediales Aufsehen.⁴ Wie das IPM unter der Überschrift „Terror- und Verbrechensbekämpfung“ mitteilt, soll das Projekt TEKZAS der Terahertz-Technologie über Flughafenkontrollen hinaus „neue Anwendungsfelder wie die Überwachung anderer kritischer Infrastrukturen (Industrieanlagen, Stadien und öffentliche Einrichtungen) eröffnen“.⁵

An dieser Stelle tritt einmal mehr das von der Rüstungsindustrie favorisierte Prinzip des „Dual Use“ in Erscheinung; wer in der Lage ist, in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen Zugangskontrollen durchzuführen, dürfte auch in der Lage sein, Personen zu überwachen, die beispielsweise einen militärischen Checkpoint passieren wollen. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass die Frankfurter Forschungsgruppe Roskos in der Vergangenheit für die NATO tätig

¹ Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abg. Wissler, van Ooyen (DIE LINKE) und Fraktion betreffend militärische und sicherheitstechnische Forschung in Hessen. Hessischer Landtag, Drucksache 18/164, S. 2.

² Ebd., S. 5. TEKZAS wird vom BMBF mit insgesamt 487.800 Euro gefördert, TeraCam mit 270.000 Euro.

³ Bewilligte Verbundprojekte aus dem Themenfeld „Detektion von Gefahrstoffen“; www.bmbf.de.

⁴ Siehe hierzu u. a. das Interview der Zeitschrift W&S mit Professor René Beigang von der TU Kaiserslautern; W&S, Nr. 1, 2010, S. 12f.

⁵ Terror- und Verbrechensbekämpfung; www.ipm.fraunhofer.de.

war: Gemeinsam mit dem litauischen Institut für Halbleiterphysik und dem Fachbereich Physik der Aristoteles-Universität Thessaloniki entwickelte man sogenannte Breitband-Detektoren auf Basis der Terahertz-Technologie.¹

Zum Beleg, dass es sich bei den Arbeiten der Forschungsgruppe Roskos nicht um Einzelfälle handelt, sei nochmals auf die eingangs erwähnte IMI-Studie verwiesen;² der hessischen Landesregierung zufolge sind außer der Universität Frankfurt auch die Hochschulen in Darmstadt, Fulda, Gießen und Kassel mit „wehrtechnischen“ und „wehrmedizinischen“ Fragestellungen befasst oder in das BMBF-Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“ eingebunden.³

3. DIE MILITARISIERUNG DER SOZIALWISSENSCHAFTEN – DER SFB 700

Kriegsforschung ist kein Privileg natur- und ingenieurwissenschaftlicher Fakultäten. Sie findet auch auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften statt, etwa am „Sonderforschungsbereich 700 – Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“ der Freien Universität Berlin. Hier werden westliche Militäroperationen mit dem erklärten Ziel betrachtet, deren Erfolgsaussichten zu verbessern. Folgende Leitfragen sind dabei bestimmend:

- Wie können sich Interventions- und Besatzungstruppen interkulturelle kommunikative Kompetenz aneignen?
- Wie ist die Kooperation mit den gesellschaftlichen Eliten im Interventionsgebiet zu gestalten?
- Welche Lehren liefert in diesem Zusammenhang der Kolonialismus?
- Welche Schlussfolgerungen sind hieraus für eine effektive Aufstandsbekämpfung zu ziehen?

In welcher Form den genannten Leitfragen im einzelnen nachgegangen wird, soll im Folgenden anhand von zwei Beispielen erläutert werden: zum einen anhand der Beschäftigung des SFB 700 mit dem kolonialen Erbe der westlichen Metropolen, zum anderen anhand einer für das Bundesverteidigungsministerium angefertigten Expertise der Forschungseinrichtung.

Innerhalb des SFB 700 befassen sich gleich mehrere Arbeitsgruppen mit den Erfahrungen europäischer und japanischer Kolonialisten in den von ihnen okkupierten Gebieten und versuchen, diese für die politische Praxis nutzbar zu machen. So untersucht das Forscherteam unter Leitung von Ursula Lehmkuhl am Beispiel englischer und französischer Kolonialbesitzungen in Nordamerika, „das Zusammenspiel von hierarchisch konstruierten Herrschaftsverhältnissen und weichen Steuerungsformen“, wobei letztere als „Zustandekommen von Entscheidungen durch Verhandlungen“ verstanden werden.⁴ Die von Sebastian

¹ Vgl. NATO SFP Project 978030 – Development of Very-Broad-Frequency-Band Detectors of Electromagnetic Radiation; <http://spi.pfi.lt/apie/SFP978030>.

² Nagel: Hochschulen forschen für den Krieg, a. a. O.

³ Antwort der Landesregierung, a. a. O.

⁴ Projektbereich B (Herrschaft), Projekt B3: Colonial Governance und Mikrotechniken der Macht: Engli-

Conrad geleitete Projektgruppe des SFB 700 will in Erfahrung bringen, inwieweit das von deutschen und japanischen Wissenschaftlern akkumulierte „geographische, ethnologische, linguistische und juristische Wissen über die kolonialen Gesellschaften“, dazu beitrug, „politische Kontrolle und das Delegieren von Befugnissen und Zuständigkeiten möglichst effektiv zu gestalten“.¹ Die von Mechtild Leutner geleitete Arbeitsgruppe zum Thema „Ernährung, Wasserversorgung und Bildung im semi-kolonialen China“ der Jahre 1860 bis 1911 schließlich fragt nach den „Erfolgsfaktoren“ und der „Nachhaltigkeit“ von „informellen und institutionalisierten Kooperationen staatlicher und nicht-staatlicher chinesischer sowie westlicher Akteure“ bei der Etablierung „moderne(r) Selbstverwaltungsorgane“ und „zivilgesellschaftlicher Strukturen“.²

Zwei der am SFB 700 beschäftigten Forscher wurden bereits direkt von der Bundeswehr unter Vertrag genommen: Jan Koehler und Christoph Zürcher befassen sich in einer vom Verteidigungsministerium bestellten Studie mit „rasch sichtbaren Maßnahmen des Wiederaufbaus“, sogenannten Quick Impact Projects, im Nordosten Afghanistans.³ Diese werden

sche und französische Kolonialbesitzungen in Nordamerika, 1680-1760; www.sfb-governance.de.

¹ Projektbereich B (Herrschaft), Projekt B4: Wissen und Herrschaft: Scientific Colonialism in den deutschen und japanischen Kolonien, 1884-1937; ebd.

² Projektbereich D (Wohlfahrt und Umwelt), Projekt D5: Kooperationsnetze und lokale Governance-Formen: Ernährung, Wasserversorgung und Bildung im semi-kolonialen China, 1860-1911; ebd.

³ Siehe hierzu und im Folgenden Jan Koehler/Christoph Zürcher: Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan. Eine Studie im Auftrag des BMVg, Berlin 2007, insb. S. 26 u. 40 (Zitate ebd.).

von der für die staatliche „Entwicklungshilfe“ zuständigen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführt und sollen angesichts zunehmender Aufstandsaktivitäten dazu beitragen, die „Akzeptanz“ der deutschen Besatzungstruppen bei der afghanischen Bevölkerung zu erhöhen. Laut Aufgabenstellung war in diesem Zusammenhang zu prüfen, inwieweit die auf psychologische Kriegsführung spezialisierten Bundeswehreinheiten für „Operative Information“ zu einer entsprechenden begleitenden „Öffentlichkeitsarbeit“ herangezogen werden können. Nach ausgiebigen „Feldforschungen“ unter dem Schutz der Truppe kamen die beiden Wissenschaftler zu folgenden Schlüssen: Zum einen müsse die Bundeswehr die GTZ „noch stärker... hinsichtlich Informationsbeschaffung und Analyse unterstützen“; dies liege „im militärischen Eigeninteresse“, da die Kooperation mit der Entwicklungsagentur helfe, „das Lagebild zu verbessern“ und die Verbindung zur afghanischen Bevölkerung „zu verstetigen“. Zum anderen solle die Truppe für „Operative Information“ eine „gezielte PR-Begleitung“ der GTZ-Projektarbeit übernehmen, schließlich stünden hierfür ein von den Psycho-Kriegern betriebener Radiosender und eine von diesen publizierte Zeitung zur Verfügung.

Mit seinen Forschungsarbeiten steht der SFB 700 nicht allein: Über das „Netzwerk Interventionskultur“ ist er unter anderem mit dem Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, der „Arbeitsstelle Interventionskultur“ der Universität Oldenburg und dem Masterstudiengang „Military Studies“ der Uni-

versität Potsdam verbunden.¹ Letzterer wird Thema des folgenden Abschnitts sein.

4. DIE MILITARISIERUNG DER AKADEMISCHEN LEHRE – DER STUDIENGANG „MILITARY STUDIES“

2006, im Jahr der Implementierung des SFB 700, wurde an der Universität Potsdam der Masterstudiengang „Military Studies“ eingerichtet. Als „Träger“ des Studienganges fungieren einerseits die Fakultäten für Philosophie sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Potsdam und andererseits das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) und das Sozialwissenschaftliche Institut (SoWi) der Bundeswehr. Bei den Dozenten handelt es sich zuvorderst um Angehörige der genannten Institutionen, aber auch ein Mitarbeiter der nicht zum Trägerkreis gehörenden Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) hat bereits Lehrveranstaltungen angeboten. Voraussetzung für die Teilnahme ist ein „berufsqualifizierender Hochschulabschluss“, der mindestens mit der Note „gut“ bewertet wurde. Lediglich dieser Art qualifizierte Studierende sind berechtigt, während vier Semestern alles Wissenswerte über die „Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt“ zu erfahren.²

Gegliedert ist der Studiengang in so genannte Module, also auf einander aufbauende Lerneinheiten. Bereits in der Beschreibung der Lehrinhalte für das Modul „Sicherheitspolitik und Konfliktforschung“ wird deutlich, dass hier von den Dozenten eine Sichtweise auf die Realität eingenommen wird, die im Sinne eines vermeintlichen Common Sense als unhinterfragbar gilt: „Im Modul werden Entwicklungslinien gezeigt, die zur Transformation der sicherheitspolitischen Koordinaten nach der Epochenwende 1989/1990 geführt haben und die neuen Herausforderungen der Weltgemeinschaft durch Globalisierung, asymmetrische Konflikte und den internationalen Terrorismus bedingen.“³ Während des Wintersemesters 2009/2010 offerierte Stephan Böckenförde (AIK) ein Seminar über die „Grundlagen der internationalen Sicherheitspolitik“. Hier wurde sowohl über „Lösungsstrategien“ für aktuelle „sicherheitspolitische Herausforderungen“ als auch über einen konstatierten „Wandel des Sicherheitsverständnisses“ diskutiert.⁴ Letzteren erläutert Böckenförde in seinem Buch *Deutsche Sicherheitspolitik*, das gleichsam als Basislektüre für das genannte Seminar fungierte, wie folgt:

„Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich das Sicherheitsverständnis in Deutschland schrittweise weiterentwickelt, indem nun neben den klassischen zwischenstaatlichen – symmetrischen

¹ Zur Arbeit des „Netzwerks Interventionskultur“ siehe Thorsten Bonacker/Michael Daxner/Jan H. Free/Christoph Zürcher (Hg.): *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionengesellschaften*, Wiesbaden 2010.

² Aktuelles; www.militarystudies.de.

³ Modul Sicherheitspolitik und Konfliktforschung; ebd.

⁴ Alexandra Jonas/Stephan Böckenförde: *Grundlagen der internationalen Sicherheitspolitik*, Universität Potsdam, Wintersemester 2009/10, donnerstags 8-10 Uhr (Seminarplan).

– Kriegen auch asymmetrisch ausgetragene Konflikte zwischen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren, aber auch tiefgreifende Störungen des internationalen Systems in den Blick genommen werden, deren Wirkungen und indirekte Folgeeffekte das Potenzial besitzen, Deutschlands Fähigkeit zu souveränem Handeln und zu einer selbstbestimmten Eigenentwicklung in erheblichem Maße zu beeinträchtigen. Man kann unterscheiden zwischen primären Bedrohungen – solchen, die das Gemeinwesen unmittelbar bedrohen oder das (Stabilitäts-)System nachhaltig stören und beeinträchtigen, darunter ‚vitale‘ mit potenziell existenzzerstörender Wirkung – und sekundären Bedrohungen, also tiefgreifenden, negativen, sich der Kontrollierbarkeit weitgehend entziehenden violenten und non-violenten Effekten, die sich auf die gesellschaftliche Stabilität in einzelnen Staaten negativ auswirken und sich von dort als Störungen im internationalen System ausbreiten; dazu zählen beispielsweise die Verletzung von ‚Bindestrich-Sicherheiten‘ (Versorgungssicherheit u. a.), vor allem mit wirtschaftlichen Knappheiten in Verbindung stehende Effekte (Unerreichbarkeit von Märkten, Verringerung von Angebotsmengen, Preissteigerungen insbesondere bei Gütern des täglichen Bedarfs etc.)¹. Als „Bedrohungen“ bezeichnet Böckenförde in diesem Zusammenhang auch die „Zunahme von Instabilitäten auslösenden Faktoren wie Krankheiten (Ausbreitung und Auswirkung von HIV/AIDS in Teilen Afrikas z. B.)“ sowie

¹ Stephan Böckenförde: Die Veränderung des Sicherheitsverständnisses. In: Ders./Sven Bernhard Gareis (Hg.): Deutsche Sicherheitspolitik, Opladen 2009, S. 25.

„Migrationsbewegungen“².

Böckenfördes Auffassungen finden sich nahezu wortgleich im aktuellen *Weißbuch* der Bundesregierung und in Veröffentlichungen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.³ Insbesondere seine Rede von der je nach Bedarf militärisch zu gewährleistenden „Versorgungssicherheit“, die als hergestellt gilt, wenn Deutschland die für seine ökonomische Entwicklung notwendigen Waren und Rohstoffe zu den Preisen erhält, die es bereit ist zu zahlen, zeigt, dass es hier nicht um wissenschaftliche Forschung, sondern um die Propagierung eines imperialistischen Programms geht. Während Deutschland einerseits weltweite Zugriffsrechte auf Waren, Rohstoffe und Märkte eingeräumt werden, erscheinen Armutsflüchtlinge aus den Ländern des Südens als Bedrohung einer „selbstbestimmten Eigenentwicklung“, als ökonomische Belastung: Das imperialistische Programm erhält seine wohlstandschauvinistische Grundierung.

Explizites Ziel der Lehrveranstaltungen und Praktika des Studienganges ist es laut Prüfungsordnung, die Absolventen zu befähigen, „in Politik, Medien und Kultureinrichtungen militärhistorische und militärsoziologische Zusammenhänge zu vermitteln“⁴. Da diese Befähigung

² Stephan Böckenförde/Sven Bernhard Gareis: Die Zukunft der Sicherheit - Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze für die deutsche Sicherheitspolitik. In: Dies. (Hg.): Deutsche Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 363.

³ Siehe Kap. 1.

⁴ Ordnung für das Masterstudium im Fach Military Studies - Militärgeschichte/Militärsoziologie an der Philosophischen Fakultät und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam v. 23.02.2006.

zu einem großen Teil durch Angehörige der Bundeswehr auf Basis der genannten Paradigmen vermittelt wird, dürfte sich das Lernergebnis kaum von dem anderer „Multiplikatorenseminare“ unterscheiden, wie sie etwa regelmäßig von der AIK angeboten werden. Als „Multiplikatoren“ gelten hier all diejenigen, die geeignet scheinen, das Image der Bundeswehr in der Öffentlichkeit positiv zu beeinflussen – seien es Journalisten, Lehrer, Geistliche, Richter oder Polizisten. Ihnen ist insbesondere die Rolle zugeordnet, sowohl die Notwendigkeit als auch die Alternativlosigkeit des Umbaus der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ zu propagieren.¹

5. FAZIT

Wie bereits eingangs deutlich wurde, handelt es sich bei der Militarisierung des hiesigen Wissenschaftsbetriebs um eine flächendeckende Entwicklung: Sie umfasst die akademische Lehre ebenso wie die Forschung; sie bezieht sozialwissenschaftliche Fachbereiche ebenso ein wie natur- und ingenieurwissenschaftliche. Legitimiert wird die Militarisierung des Wissenschaftsbetriebs mit Paradigmen, die zusammengenommen ein imperialistisches Programm darstellen:

¹ Böckenförde selbst bietet im Auftrag der AIK regelmäßig „sicherheitspolitische Seminare“ für Medienvertreter an; diese dienen laut BMVg u. a. dem „Bekanntmachen mit der Arbeit des Presse- und Informationsstabes des Bundesministeriums der Verteidigung, um jungen Journalistinnen und Journalisten ihre künftige Recherchetätigkeit über sicherheitspolitische Fragen zu erleichtern, mögliche Einstiege zu schaffen, Hintergrundwissen zu vermitteln sowie Kontakte herzustellen“ (Sicherheitspolitische Informationen aus erster Hand; www.bmvg.de).

Deutschland soll dauerhaft Zugriff auf Rohstoffe, Absatzmärkte und Know-how weltweit erhalten und zu diesem Zweck in der Lage sein, jederzeit Militär einzusetzen, Krieg zu führen. Hierzu gehört auch die Fähigkeit, gegen all diejenigen vorzugehen, die geeignet scheinen, die Umsetzung des imperialistischen Programms an der „Heimatfront“ zu behindern – ganz gleich, ob es sich um widerstrebende Bevölkerungsteile oder feindliche Kombattanten („Terroristen“) handelt.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der Prozess der Militarisierung des Wissenschaftsbetriebs weiter voranschreiten wird: Er ist nicht nur bedingt durch die Eigeninteressen des Militärs, der Rüstungsindustrie und der Hochschulen, sondern entspricht der Entwicklungsdynamik des kapitalistischen Akkumulationsregimes.

> Dr. phil. Peer Heinelt (geboren 1966) ist Politikwissenschaftler und lebt als freier Autor in Frankfurt am Main. Unter anderem auf den Seiten des Online-Nachrichtenportals german-foreign-policy.com und in der Zeitschrift Konkret beschäftigt er sich regelmäßig mit militärpolitischen Fragen. Weitere Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kommunikations- und Geschichtspolitik; seine 2003 erschienene Dissertation „PR-Päpste“ befasst sich mit der Entwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland.

WIDERSTAND
GEGEN KRIEGS-
FORSCHUNG UND
KAMPF FÜR EINE
ZIVILKLAUSEL

*„Those who cannot remember
the past are condemned to
repeat it.“*

George Santayana (1863 – 1952)

Zu Beginn möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf ausgewählte Fakten der Nachkriegsentwicklung richten (Kasten), die manches Nachfolgende vielleicht verständlicher machen.

Die Indienstnahme der Schulen und Hochschulen für die Bundeswehr und für den Krieg um Rohstoffe und Märkte und eine neudeutsche Machtentfaltung nach Außen und Innen ist das offensichtliche Ziel der herrschenden Politik.

Wie wir von Peer Heinelt gehört haben, sind alle großen Universitäten in den naturwissenschaftlich-technischen, aber zunehmend auch in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten in militärische oder zivilmilitärische Forschungs- und Lehrprogramme eingebunden. Dagegen gab und gibt es vereinzelte Proteste, meistens ohne nachhaltige Wirkung.

DIE ZIVILKLAUSEL AM KIT

Wie es „Seine Majestät der Zufall“ will, kommt der bisher nachhaltigste Protest ausgerechnet aus dem konservativen Südwesten von Baden-Württemberg. Seit drei Jahren wird die vollständige Verschmelzung der „Elite-Universität“ Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum „Karlsruher Institut für Technologie“ KIT betrieben. Der Einstieg der Bundesrepublik in die Kernforschung in den 50ern war nur unter der Maßgabe einer Zivilklausel möglich; aus diesem Grund war damals das

1945: Befreiung.

„Demjenigen Deutschen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, soll der Arm abfallen.“ (Franz Josef Strauß)

1949: Verfassung der Bundesrepublik ohne Militär, Spaltung Deutschlands.

1955-56: Remilitarisierung, Aufstellung der Bundeswehr, Übernahme führender Nazi-Militärs, NATO-Beitritt, Grundgesetzänderung zur Wehrverfassung.

Genfer Atomkonferenz „Atoms for Peace“, Einstieg der Bundesrepublik in zivile Kernforschung mit Kernwaffenverzicht und Zivilklausel („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“)

1968: Notstandsgesetzgebung

1969: Nach heftiger Kontroverse: Beitritt der BRD zum Atomwaffensperrvertrag

1991: Nach Auflösung der Blockkonfrontation: Wo bleibt die Friedensdividende? Forderung nach Zivilklauseln für Universitäten.

1992: Neue Verteidigungspolitische Richtlinien: „... ungehinderter Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...“

1999: Erstmals nach 1945: Teilnahme der BRD an einem völkerrechtswidrigem Angriffskrieg

2010: Deutsche Truppen in aller Welt und Militarisierung aller Lebensbereiche. Bundesrepublik nimmt Platz 3 bei weltweiten Rüstungsexporten ein. Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag 2010 in New York erneut ohne nennenswerte Fortschritte.

Forschungszentrum Karlsruhe mit einer Zivilklausel ausgestattet worden, damit dort Kernforschung betrieben werden konnte (s. Kasten). Die Uni Karlsruhe dagegen unterliegt keiner derartigen Bindung und betreibt Waffenforschung. Das war unbekannt. Der erste Hinweis kam Mitte 2008 aufgrund einer Anfrage der Linkspartei im Bundestag. Nach Recherchen unter Mithilfe der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen stellte sich im Dezember 2008 heraus, dass das Nachrichtentechnische Institut an einem neuen Breitbandkommunikationssystem forscht, das für multinationale Interventionseinsätze gebraucht wird. Das alles lief gegen eifrige Vertuschungsversuche der Uni-Leitung. Der zuständige Institutsleiter gab erst Monate später zu, für das Militär zu forschen. Weitere Nachforschungen aufgrund einer Podiumsdiskussion in der Universität ergaben, dass dieses Institut auf jahrzehntelange weitgehend unbekannte Verflechtungen mit Rüstungsforschungsinstituten zurückblicken kann. Wissen und Expertise von Studierenden und DoktorandInnen sind ohne deren Kenntnis von Institutsleitern für militärische Zwecke missbraucht worden.

Seit Beginn der Fusionspläne ist von Beschäftigten und Gremien des Forschungszentrums, von den Gewerkschaften und später von Studierenden die Übertragung der Zivilklausel auf das gesamte KIT gefordert worden. Gegen den Widerstand der Landesregierung Baden-Württemberg und der Leitung der Universität. Die Landesregierung behauptet, dass eine Zivilklausel verfassungswidrig sei, weil es angeblich die Freiheit zur Militärforschung gebe. Sie kann aber nicht erklären, wieso das Postulat nicht

für die Großforschung gelten soll. Dann hätte nämlich das Forschungszentrum zumindest für die nichtkerntechnische Forschung jahrzehntelang verfassungswidrig gehandelt.

Ganz so „zufällig“ war die Entstehung des Protestes natürlich nicht. Er konnte auf einen erfahrenen Betriebsrat im Forschungszentrum zurückgreifen, der jahrzehntelang die Zivilklausel gegen Aushöhlungsversuche verteidigt hatte und auf eine aktive Gewerkschaftliche Studierendengruppe an der Uni.

Die Fusion ist 2009 erfolgt mit einer schizophoren Teilzivilklausel, die wegen der beabsichtigten vollständigen Verschmelzung, die 2011 abgeschlossen sein soll, keinen Bestand haben kann. Im Fusionsgesetz (Landesgesetz Baden-Württemberg) für die Körperschaft öffentlichen Rechts gilt für die Großforschung (u.a. Kernforschung) die Zivilklausel weiter, aber nicht für den Universitätsteil. Jetzt wird gefordert, die Zivilklausel in die bis Ende des Jahres zu erstellende Grundsatzung aufzunehmen, was im Einklang mit dem KIT-Gesetz steht.

FAKTEN ZUM BUNDESWEITEN WIDERSTAND

Die Auseinandersetzung ist seit Mitte 2008 bundesweit intensiv publiziert worden. Sie ist im Ergebnis noch offen, hat aber bemerkenswerte Teilerfolge und interessante Folgewirkungen zu verzeichnen. Dazu stichwortartig ein paar Fakten.

Gründung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Ab Mitte 2008 bildete sich die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“, die in Karlsruhe tagt und von Studierenden, Gewerkschaften und Friedensbewegten getragen wird. Relevante Ereignisse und das meiste hier Angesprochene ist im Web dokumentiert (www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Aufgrund der regelmäßigen Teilnahme von Reiner Braun (INES, NatWiss, IALANA, Kooperation für den Frieden) und Lothar Letsche (GEW Landes-Fachgruppe Hochschule und Forschung) ist eine überregionale Koordination gewährleistet. Die Initiative führte mehrere öffentliche Veranstaltungen an der Uni zur Aufklärung und Mobilisierung durch, darunter eine im Rahmen des Bildungstreiks im Dezember 2009 mit Subrata Ghoshroy aus dem MIT (Massachusetts Institute of Technology), US-Friedenswissenschaftler und „Whistleblower“ (aus Laserwaffenforschung ausgestiegen). Ghoshroy warnte am Negativbeispiel MIT vor den verheerenden Folgen der Militarisierung.

Urabstimmung für Zivilklausel in Karlsruhe

Im Januar 2009 votierte in einer Urabstimmung der Studierenden der Uni Karlsruhe eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden für eine einheitliche Zivilklausel mit dem Wortlaut: „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Ausschlaggebend für die Durchführung des bundesweit einmaligen demokratischen Votums war die aktive und ideenreiche

Gewerkschaftliche Studierendengruppe an der Universität, die die Urabstimmung mittels Einleitung einer Unterschriftensammlung durchsetzte.

Gutachten und Umfragen zur Zivilklausel

Ein politischer Schwerpunkt von ver.di Baden-Württemberg ist die Forderung nach einer Zivilklausel fürs KIT. Ver.di Baden-Württemberg initiierte wegen der angeführten Behauptungen der Landesregierung ein verfassungsrechtliches Gutachten, das im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung von Prof. Erhard Denninger (em. Prof. der Uni Frankfurt/Main) im Februar 2009 erstellt wurde. Die Zivilklausel stehe, so Denninger, nicht in Widerspruch, wie von der Landesregierung Baden-Württemberg und anderswo behauptet, sondern in Übereinstimmung mit der Verfassung (Friedensgebot bzw. „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes). Das Gutachten (online unter www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf) hat grundsätzliche Bedeutung für die Hochschulen und sollte stärker verbreitet werden.

Die NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative versammelte über eine bundesweite Umfrage Wissen über Existenz und Praxis von Zivilklauseln an über 80 Universitäten. Die Umfrage wird in „Wissenschaft & Frieden“ 3/2010 veröffentlicht und ist online auf <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20100609.pdf> erreichbar. Ihr Hauptergebnis ist ein dringender Handlungsbedarf gegen die fortschreitende Militarisierung von Forschung und Lehre und das Erfordernis der Vernetzung der Proteste.

Forderungen aus Wissenschaft, Studierendenschaften und Politik

Ab Mai 2009 unterzeichneten einhundertvierzig Wissenschaftler und Politiker einen internationalen Appell für eine einheitliche KIT-Zivilklausel und gegen Kern- und Waffenforschung unter einem Dach. Zu den internationalen Unterzeichnern gehören u.a. Tadatoshi Akiba (Bürgermeister Hiroshima), Jack Steinberger (Physik-Nobelpreisträger), Alyn Ware (Alternativer Friedensnobelpreisträger) und zwei Dutzend Beschäftigte des Forschungszentrums ALBA (Synchrotronlichtquelle) bei Barcelona. Der Aufruf ist unter <http://www.inesglobal.com/index.php?abandonment-military-research> einsehbar.

Auf Initiative der Studierenden der Uni Tübingen im Bildungsstreik beschloss der dortige Senat im Dezember 2009 eine Zivilklausel als Ergänzung der Grundordnung. Witzigerweise hatte sich der Tübinger Senat im Gegensatz zum Konstanzer 1991 der Landesregierung gebeugt und war dem von Studierenden geforderten Beschluss über eine Zivilklausel damals noch ausgewichen.

Die Bildungstreik-Bündnisse Baden-Württemberg schrieben in ihren Forderungskatalog vom Februar 2010: „Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für Hochschulen des Landes Baden-Württemberg, sowie die Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Bundeswehr.“ Die LandesStudierenden-Vertretung Baden-Württemberg stellte im März 2010 die Forderung nach Zivilklauseln für alle Unis; dabei wurde auf die Unterstützung durch den DGB und die

„ausgegrabene“ Zivilklausel der Uni Konstanz von 1991 Bezug genommen. Auch die Juso-Hochschulgruppe der Uni Stuttgart stellte im März 2010 die Forderung nach Aufnahme einer Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg. Ihre Begründung lautet wie folgt: „Der Fall des Karlsruher Institute of Technology (KIT) hat erst vor kurzem vor Augen geführt, wie dringlich eine landesweite Regelung hierzu ist. Gerade die Vermischung von Atomforschung und Waffenforschung hat unendliches Leid über die Welt gebracht und darf in keiner Weise – und schon gar nicht durch die Subventionierung durch die öffentliche Hand – gefördert werden.“

Eine Initiative der Linkspartei in Niedersachsen strebt die Wiederherstellung der 2002 aus dem Landeshochschulgesetz gestrichenen Zivilklausel an (siehe dazu http://www.gew-nds.de/E_W/sept09/EuW_09-2009.pdf).

Tagungen zum Thema Zivilklausel

Auf der Strategiekonferenz der „Kooperation für den Frieden“ zum Thema „Militarisierung nach außen und innen“ im Februar 2010 in Heidelberg gab es einen Arbeitskreis mit dem Titel „Rüstungsforschung an der Universität“. Dieser verfasste ein Strategiepapier mit neun Thesen, von denen die Wichtigste fordert, antimilitaristische Arbeitskreise an den Unis zu bilden. (Die Veranstaltungsdokumentation ist unter <http://www.koop-frieden.de/konferenzen/2010/Veranstaltungsdoku.pdf> zugänglich.) In einem ersten bundesweiten Vernetzungstreffen am 9. Juli 2010 trafen sich viele Akteure der Bewegung beim AStA

der Uni Braunschweig. Zweck des Treffens war eine Bestandsaufnahme zu Kriegsforschung und Zivilklauseln an den Unis sowie Überlegungen zu einer Rüstungsforschungstagung.

Im Rahmen dieses Einführungsbeitrags konnten nur zusammengefasste Fakten über den beginnenden Widerstand ange-rissen werden. Die Fortschritte insbeson-dere der anlaufenden bundesweiten Ver-netzung sind ermutigend, aber vielerorts gibt es Nachholbedarf.

Dabei ist der Protest gegen die Militari-sierung des Bildungsbereichs von großer gesellschaftlicher Tragweite. Wenn das in der Bildungsstreikbewegung, in den Gewerkschaften und in der Friedensbe-wegung besser noch als bisher erkannt wird, wird es weiter voran gehen.

Aktuelle Entwicklungen

An der Uni Tübingen gibt es unter Berufung auf die frisch beschlossene Zivilklausel eine heiße Debatte über die Konsequenzen. Ein sogenanntes „Sicherheitspolitisches Forum“ mit Wolfgang Ischinger (Kriegspropagandist und Chef der „NATO-Sicherheitskonferenz“) in der Uni verlief anders, als sich die Organisatoren das gedacht hatten. Die Zuhörer kritisierten Krieg, NATO und deren Unterstützer so heftig, dass Ischinger kaum zu Wort kam und die Veran-staltung abgebrochen werden musste. Ein Seminar „Ethnologie und Militär“ mit der Bundeswehr-Beschäftigten und Hochschullehrerin Monika Lanik ist ebenfalls heftig umstritten.

An der Universität Konstanz hat der AStA im April 2010 eine Friedensparty anläs-slich der Wiederentdeckung der bereits

1991 vom Großen Senat beschlossenen Zivilklausel gefeiert. Der Text könnte nicht aktueller sein: „Auch der Wissen-schaft und Forschung kommt im Hin-blick auf die angehäuften Waffenpoten-tiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, daß Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Mas-senvernichtungswaffen an der Universi-tät Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird.“ An der Uni Oldenburg ist eine Debatte wegen der von german-foreign-policy.com gerade aufgedeckten „Interventions-forschung“ am Sozialwissenschaftlichen Institut überfällig. Dort werden „die sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen“ untersucht. Im Widerspruch zur existie-renden Zivilklausel wird daran geforscht, wie Krieg und Besatzung effektiver gestal-tet werden können.

Auch an der TU Berlin mit der am kon-sequentesten praktizierten Zivilklausel (Hintergrund: Senatsbeschluss 1991 nach Auslaufen des Viermächtestatus) wur-den vom AStA Verstöße moniert. Dieses Beispiel zeigt, dass es nicht genügt, eine Zivilklausel zu haben, es muss auch deren Einhaltung durchgesetzt werden.

An der Uni Stuttgart wurde in einer Veranstaltung des DGB-Hochschulin-formationsbüros zum Thema „Zivilklausel und Militärforschung“ im Rahmen des Bildungsstreiks vom 7.-11.6.2010 (Streikheft unter <http://www.bildungsstreik-stuttgart.de/wp-content/uploads/2009/11/Streikheft2010.pdf>) von Studierenden das erhebliche Aus-maß an Kriegsforschung in der eige-nen Uni zusammen gestellt. Es soll in

einer Studierendenzzeitung veröffentlicht und ein Arbeitskreis Rüstungsforschung gebildet werden. Der Bericht findet sich unter http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1877. In einer Veranstaltung des Stuttgarter Friedensbündnisses OTKM kurz darauf wurde intensiv über Wege der Zusammenarbeit mit den Studierenden unter Einbeziehung von Beschäftigten der Universität und des Personalrats und auch der SchülerInnen diskutiert, die im aktuellen Bildungsstreik besonders aktiv waren. Bericht: <http://de.indymedia.org/2010/06/284852.shtml>.

Erstmals nach elf Jahren Pause in Süddeutschland soll am 30. Juli in Stuttgart ein öffentliches Bundeswehr-Gelöbnis stattfinden. Die Friedensbewegung ruft zum Protest auf, zum „Bundeswehr-Gelöbnis“. Dem gleichen Propaganda-Job hat sich der „Celler Dialog“ verschrieben, dem „sicherheitspolitischen Dialog in Forschung und Lehre“ an den Universitäten mit dem Ziel der Etablierung eines „dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austauschs zwischen Wirtschaft und Bundeswehr“.

WEITERE ENTWICKLUNG DER BEWEGUNG

Für die strategische Ausrichtung der Bewegung sehe ich drei gleichwertige nicht alternative Formen, wie die Friedensbindung der Hochschulen mittels einer verbindlichen Zivilklausel erreicht werden kann: (1) durch Senatsbeschluss; (2) durch Senatsbeschluss zur Ergänzung der Grundordnung; (3) durch Landtagsbeschluss zur Ergänzung des Landeshochschulgesetzes. Mit der Durchsetzung einer

Zivilklausel ist es jedoch nicht getan. Entscheidend ist eine wachsame universitäre Öffentlichkeit, die die Einhaltung der Selbstverpflichtung begleitet, um Verstöße zu verhindern. Und das bedeutet, fortlaufend die Inhalte von Forschung, Lehre und Studium zu überprüfen.

Wir haben trotz aller Hindernisse und Probleme eine Chance mit unserer Kampagne gegen Militärforschung und für Zivilklauseln, wenn wir einen langen Atem entwickeln. Es seien nur zwei Probleme benannt. Die enorme Arbeitsbelastung der Studierenden sowohl für ihr Studium und als auch für Aktivitäten im Bildungsstreik und in antimilitaristischen Hochschulgruppen. Ein anderes ist die in den Jugendgruppen der Gewerkschaften und friedensbewegten Organisationen und Parteien zu wenig gepflegte politische Grundlagenbildung. Dennoch: Die Ablehnung von Kriegspolitik, die gegenwärtig stark verbreitet ist, kann sich von der bloßen Meinung durch unvorhersehbare Ereignisse rasch in Aktivitäten auf die Straße verlagern. Das hat uns die Friedensbewegung im Kampf gegen die Stationierung der atomaren Mittelstrecken-Raketen vor zwei Jahrzehnten schon einmal vorgemacht. Die Besinnung auf die Geschichte, der Widerstand gegen das Herrschende, das Vorbild derjenigen, die dafür Opfer gebracht haben, kann die Menschen in bestimmten historischen Abschnitten beflügeln und ihnen ungeahnte Kräfte verleihen.

Zu Recht heißt es im Grußwort der ver.di-KollegInnen der TU München zur heutigen Veranstaltung: „Wenn man nun noch weiß, dass in Bayern ein Drittel der »nationalen« Rüstungsindustrie beheimatet ist, bekommt man eine Ahnung davon, was mit Spitzenforschung in

diesem Lande wieder gemeint ist und was für eine Elite an unseren Exzellenzuniversitäten wieder herangezüchtet werden soll. ...Die Hochschulen dürfen nicht wieder zum Hort der Reaktion werden!“ Der leider zu früh verstorbene Dichter Wolfgang Borchert hat das 1947 angesichts der Verstrickung großer Teile der Universitätsangehörigen in die deutsche Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie so ausgedrückt:

*„Du Forscher im Laboratorium.
Wenn sie dir morgen befehlen,
du sollst einen neuen Tod
erfinden gegen das alte Leben,
dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!“*
Wolfgang Borchert, 1947

> Dietrich Schulze ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«. Er war von 1966-2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter und von 1984-2005 Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe. Seit 2008 arbeitet er in der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ mit. An den Universitäten Hannover und Karlsruhe hat er Elektrotechnik studiert und auf dem Gebiet der Physik und Technik von Teilchenbeschleunigern promoviert. Seit Anfang der 1970er Jahren ist er als Gewerkschaftler (ver.di) und Antifaschist (VVN-BdA) in Friedensbündnissen und Bündnissen gegen Rechts aktiv.

DEN EINFLUSS DER BUNDESWEHR AN SCHULEN ZURÜCKDRÄNGEN

**POLITISCHE BILDUNG IST DIE AUFGABE
VON LEHRKRÄFTEN**

Karola Stötzl

Seit 1999 führt die Bundesrepublik Deutschland wieder Krieg. Die sogenannten Auslandseinsätze der Bundeswehr sind hoch umstritten. Ihre Akzeptanz in der Bevölkerung gering. Den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und breiten Einfluss auf die Bildung von Schülerinnen und Schülern zu gewinnen, hat sich die Bundeswehr im Verbund mit den Regierenden (fast) aller Parteien angeschickt.

In der Bundesrepublik liegen inzwischen 6 Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusbehörden der Ländern und der Bundeswehr vor. Die Vereinbarungen gewähren der Bundeswehr und ihren dafür verantwortlichen Jugendoffizieren Zugang zur Unterrichtung von Kindern und Jugendlichen, Lehrkräfteausbildung und -fortbildung.

Die wesentlichen Punkte der Kooperationsvereinbarungen gleichen sich in allen Bundesländern. Sie sollen sicherheitspolitische Aufklärung ermöglichen, den Blick auf die Chancen und Risiken unserer Sicherheit und die Grundfesten unserer Freiheit schärfen. Weiterhin sollen sie die hierzu erforderlichen Instrumente der Politik, vor dem Hintergrund eines umfassenden Sicherheitsbegriffs dargestellt und gemeinsam im Dialog erörtert werden. Dabei soll die globale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ebenso wie nationale Interessen einbezogen werden und Schülerinnen und Schüler, Referendarinnen und Referendare sowie Lehrerinnen und Lehrern die Position der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sicherheitspolitik vermittelt werden.

Diese Punkte sind der Kooperationsvereinbarung in NRW entnommen. In Hessen existiert eine solche schriftliche Vereinbarung noch nicht – jedoch hatte

Kultusministerin Wolff (CDU) bereits Ende 2003 im Rahmen einer Dienstversammlung der Leiter der Staatlichen Schulämter mit Jugendoffizieren verabredet, die Militärs künftig verstärkt als Referenten im Unterricht an Schulen einzusetzen. 2004 wurde der Zugang zur Lehrerbildung durch Fortbildungsangebote an Lehrkräfte sowie Verbreitung von Material u.a. auf dem Bildungsserver Hessen ermöglicht. Karin Wolf war der Ansicht, diese Kooperation solle auch für andere Bundesländer beispielhaft sein. Für ihren Einsatz erhielt Wolff 2007 die „Ehrenmedaille der Jugendoffiziere“.

Was jedoch ist der Hintergrund für die massiven Werbefeldzüge der Bundeswehr? Zum einen herrscht auch bei der Bundeswehr massiver Nachwuchsmangel, zum anderen jedoch haben die Militärstrategen ein Vermittlungsproblem: Nach wie vor sind zwei Drittel der deutschen Bevölkerung mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr, besonders dem in Afghanistan, ganz und gar nicht einverstanden. Mit einer Bevölkerung jedoch, die den Sinn von Auslandseinsätzen so gar nicht einsehen mag, lassen sich kriegerische Auseinandersetzungen um die „nationalen“ Interessen der Bundesrepublik Deutschland schlecht führen.

Am 21. Mai 2003 erließ Minister Struck mit dem markigen Satz: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“ die „Neue Verteidigungspolitische Richtlinie“ und folgte damit einer zuvor von der EU ausgegebenen neuen Sicherheitsstrategie der europäischen Streitkräfte sowie der Neufassung der NATO Sicherheitsdoktrin. Die Sicherheitspolitische Richtlinie beinhaltet die Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer

offensiven, internationalen Einsatzarmee. Dazu gehört die „Sicherung von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft mit militärischen Zwecken.“¹

Wie sehr die Öffentlichkeit über die nachlesbaren „nationalen Interessen“ im Unklaren gelassen werden soll, zeigt der Fall des ehemaligen Bundespräsidenten Köhler. Dies ist der erste mir bekannte Fall, indem ein Politiker zurücktrat, weil er die Wahrheit gesagt hatte. Der Fall Köhler zeigt aber auch, welche Propagandaschlachten geschlagen werden und welche in Zukunft mit Hilfe von Jugendoffizieren,

¹ „Der Prozess der Globalisierung erfasst weltweit alle Staaten und Gesellschaften. Die Entfaltung und zunehmende Vernetzung internationaler Handels-, Investitions-, Reise-, Kommunikations- und Wissensströme eröffnet in erster Linie neue Chancen. Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelsystem und freien Transportwegen. [...] Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. [...] **Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Störungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf die nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.** [...] Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch weit entfernten Regionen berücksichtigen, soweit sie unsere Interessen berühren. [...] **Deutsche Sicherheitspolitik beruht auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Risiken und Bedrohungen muss mit einem abgestimmten Instrumentarium begegnet werden. Dazu gehören diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische, polizeiliche und militärische Mittel, wenn geboten, auch bewaffnete Einsätze.** Letztere sind mit Gefahren für Leib und Leben verbunden und können weit reichende politische Folgen nach sich ziehen.“ (Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006; Hervorhebungen d.V.)

vereinfachten Unterrichtsmaterialien und Werbeoffizieren vermehrt auch an unseren Schulen geführt werden sollen. Die Mittel reichen von Tagesausflügen in Kasernen über Klassenfahrten, kostenlose Unterrichtsmaterialien (Reihe ‚Frieden & Sicherheit‘) bis hin zum Simulationsspiel Pol&IS, bei dem die TeilnehmerInnen in die Rolle von Staatschefs schlüpfen und die zur Erreichung ihrer Ziele notwendigen – auch kriegerischen – Maßnahmen einsetzen. Über Pol&IS wurde in einigen wenigen Medien kritisch berichtet. Zwei Zitate fand ich besonders eindrucksvoll: „Es gibt immer welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkerette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen, [...] viele denken plötzlich, Stärke und Gewalt sind die besten Mittel“, so ein Spielleiter, Jugendoffizier Christian Rump. „Dass gerade friedensbewegte Schüler aufgerüstet hätten, sei ein ‚Element der Orientierung‘ an der Realität. ‚Die bekommen mit, wie Politik in Wirklichkeit funktioniert, ahmen das nach und führen ihre humanistische Einstellung ad absurdum“, so Theaterpädagogin Wolfgang Sting.² Insbesondere gehören Schulbesuche von Jugendoffizieren – die es als Institution seit 1958 in der Bundeswehr gibt – schon seit langem dazu. Gegen deren Besuche gibt es aber auch genauso lange erhebliche Widerstände durch die Lehrkräfte. Diesen Widerstand will die Bundeswehr mit Hilfe von Kooperationsvereinbarungen mit Kultusministerien jetzt gezielt schwächen.

Dagegen wehren wir uns, als GEW.

² „Die Zeit“ vom 30.4.2003, zit. nach IMI-FactSheet: Bundeswehr und Schulen, S. 2, <http://imi-online.de/2010.php?id=2116>.

Politische Bildung – gerade auch in der sensiblen Frage der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die der gezielt geschulten Jugendoffiziere. Diese sind eben nicht „neutrale Experten“ – wie oftmals behauptet. Schon im Zusammenhang mit dem Inhalt der Kooperationsvereinbarungen stellt sich die Frage, ob die Tätigkeit der Jugendoffiziere dem Prinzip des Kontroversitätsgebots (Beutelsbacher Konsens) entspricht. Denn schließlich sollen z.B. „Informationen zu nationalen Interessen“ in ihre Arbeit einbezogen werden. Dass es aber solche „nationalen Interessen“ überhaupt gibt und wie diese zu definieren sind, dürfte in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden. Gegen faire Diskussionsveranstaltungen auch mit Bundeswehrangehörigen ist sicherlich nichts einzuwenden – gegen eine unmittelbare Einflussnahme auf Bildung und Ausbildung von Schülerinnen und Schülern und auch auf Lehrkräfte allerdings schon. Es spricht aber auch gegen die pädagogische Professionalität von Lehrkräften, wenn sie kostenlose Angebote wie Rollenspiele und Unterrichtsmaterialien der Bundeswehr ungeprüft im Unterricht einsetzen.

Oftmals kommen die Werbeoffiziere zeitgleich mit Jugendoffizieren an die Schulen. Der „Bundeswehr-Truck“ auf oder vor dem Schulhof gehört zu denjenigen Instrumenten, mit denen die Bundeswehr den oben schon angesprochenen Nachwuchsmangel beseitigen möchte. Die Zielgröße sind pro Jahr 20.000 Rekrutierungen. Wenn man sich fragt, wer warum Soldat wird, sind folgende Zahlen interessant: Von 6.391 Soldaten im Auslandseinsatz waren 3.149

aus Ostdeutschland – dass sind 49,2%, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur 20% beträgt. Bei den 4 Generälen im Auslandseinsatz war kein Ostdeutscher, bei den Stabsoffizieren 16,6% und bei den Mannschaften 62,5%.¹ Geworben wird mit Ausbildungsstellen und Studienplätzen – oftmals scheinbar rein „zivile“ Berufe. Dass jede/r, die/der bei der Bundeswehr eine Verpflichtung eingeht, ein Soldat ist, der damit rechnen muss im Zweifel Menschen zu töten oder selbst getötet zu werden, wird verschwiegen. Manchmal klingt es nach „Freiheit und Abenteuer“, manchmal aber auch nach einem einfachen „Karriereweg“. Ein Beispiel, wie die Bundeswehr für sich wirbt:

- „Hauptschule fertig? Bewirb dich in die Mannschaftslaufbahn! Werde vier Jahre lang Soldat in einer Kampftruppe bei den Gebirgsjägern, Fallschirmjägern oder den Panzergrenadieren.
- Realschule gemacht? Die Unteroffizierslaufbahn ist das genau Richtige für dich! Wir bieten 65 Ausbildungsgänge aus allen Berufszweigen an!
- Abitur in der Tasche? – Studiere bei der Bundeswehr. Mehr als 20 Studiengänge – von BWL über Medizin bis zu Luft- und Raumfahrttechnik – stehen dir offen. Du willst deinen Traum vom Fliegen wahr machen? Die Grenzen deiner Leistungsfähigkeit neu definieren? Werde Hubschrauber- oder Jetpilot! Auf den

¹ Aus „Bundeswehr raus aus den Schulen, raus aus den Arbeitsagenturen und raus aus den Jugendmessen!“, Rede von Tobias Pflüger beim Ostermarsch am 3. April 2010 in Stuttgart (online unter <https://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/Ostermarsch2010/reden1.html>).

Geschmack gekommen? Ruf an!⁴¹

Ich habe erhebliche Zweifel, dass die aus Afghanistan zurückgekehrten, inzwischen mehr als 5000 traumatisierten Soldaten, diese Werbesprüche noch gutheißen. Von den Toten und ihren Angehörigen, ganz zu schweigen. Die propagandistische Verharmlosung oder Beschönigung von Kriegseinsätzen, die propagandistische Verharmlosung des „Berufs“ Soldat steht am Beginn eines jeden Krieges.

Was können Schulen, Lehrkräfte und Schüler/innen tun, um den Einfluss der Bundeswehr zurückzudrängen?

Einerseits können Kollegien Gesamtkonferenzbeschlüsse erwirken, an die die Schulleitungen gebunden sind, andererseits können auch Schülerinnen und Schüler in der SV Beschlüsse herbeiführen. Im Folgenden seien Argumentationsstrategien hierfür benannt.

Das Grundgesetz schützt die Gewissensfreiheit (Art. 4 (3)) und damit die Freiheit der Gewissensbildung, die nicht durch direkte oder indirekte Indoktrinierung gefährdet werden darf. Es darf daher keine Lehrkraft gezwungen werden, an Veranstaltungen mit der Bundeswehr teilzunehmen. Nach dem Hessischen Schulgesetz § 86, 2, Einschränkungsverbot der „Pädagogischen Freiheit“, entscheiden Lehrkräfte individuell, ob sie Jugendoffiziere zu ihrem Unterricht hinzuziehen wollen oder nicht. Genauso wenig dürfen Schüler und Schülerinnen gezwungen werden, an einer Veranstaltung der

Bundeswehr teilzunehmen, denn das Gewissen kann dem Einzelnen verbieten, als Soldat Menschen zu töten. Nach dem elterlichen Erziehungsrecht im Grundgesetz (Art. 6 (2)) können sich auch Eltern dagegen wenden, dass Jugendoffiziere indoktrinierend oder werbend auf Schüler/innen einwirken.

Bei der Argumentation gegen den Einsatz der Bundeswehr an Schulen kann auch ein Blick in die Hessische Verfassung helfen:

§56 (4) Ziel der Erziehung ist, den jungen Menschen zur sittlichen Persönlichkeit zu bilden, seine berufliche Tüchtigkeit und die politische Verantwortung vorzubereiten zum selbständigen und verantwortlichen Dienst am Volk und der Menschheit durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit.

§56 (5) Der Geschichtsunterricht muß auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherrn, Kriege und Schlachten. Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden.

Hilfreich ist es auch, sich auf den Beutelsbacher Konsens² zur Politischen Bildung von 1976 zu beziehen:

² Die als „Beutelsbacher Konsens“ bezeichneten Minimalbedingungen für politische Bildung wurden 1976 auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg festgelegt (online unter <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>).

¹ Ebd.

Überwältigungsverbot:

Es ist nicht erlaubt, den Schüler, mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.

Kontroversitätsgebot:

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers sein, Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.

Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Kampf gegen den Militarismus und seine Vertreter ein alter Kampf ist und immer einer der Gewerkschaftsbewegung war und dass es immer um die Frage ging, für wessen Interesse Leben und Geld eingesetzt werden. Deshalb bleibt es dabei:

„Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen“

Dies war der Titel eines berühmten Flugblattes zur Reichstagswahl von Wilhelm Liebknecht vom 14. Januar 1887: „Wenn wir von dem Militarismus und dessen Vertretern absehen, ist eine ernstliche Kriegsgefahr überhaupt nicht vorhanden; die Völker wollen und brauchen den Frieden. [...] Aber das schlimmste Hindernis [...] eines solchen (Friedens-)Bundes sind die kolossalen Kriegsrüstungen der Gegenwart, die *in Gestalt des „bewaffneten Friedens“ einen unerträglichen Zustand geschaffen haben, verglichen mit dem der Krieg selbst kaum als das größere Übel*

erscheint. Daß ein Zustand nicht fort-dauere, bei dem jeder Funke einen Weltbrand verursachen kann, das liegt, wenn wir eine winzige Minderheit ausnehmen, im Interesse des gesamten Volkes.“¹

> Karola Stötzel ist Jahrgang 1961, studierte Soziologie in Frankfurt, arbeitete ab 1994 als Honorarkraft an der Volkshochschule Frankfurt, war bis 2002 Personalrätin für die (scheinselbständigen) Kursleiterinnen, engagierte sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, u.a. als verantwortliches Redaktionsmitglied der „prekär - Zeitschrift für die Beschäftigten in der Weiterbildung“ bis 2003, seit 2002 ist sie stv. Vorsitzende der GEW Hessen und seit 2005 leitet sie das GEW-Hessen eigene Bildungswerk lea bildungsgesellschaft. Bildungspolitik (besonders auch frühe Bildung), Sozialpolitik (Mitinitiatorin des Hartz-IV-Tribunals 2008 in Frankfurt) und Tarifpolitik gehören zu ihren politischen Tätigkeitsfeldern.

¹ Wilhelm Liebknecht, Gegen Militarismus und Eroberungskrieg: Aus Schriften und Reden, Berlin 1986.

Diskussionsbeitrag:

MILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Ich arbeite in der Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall und verdi Frankfurt und wir sollten uns überlegen, wie wir demnächst zusammen arbeiten können. Die Referate zur Militarisierung der Schulen und Hochschulen waren sehr aufschlussreich. Die Bundeswehr marschiert aber nicht nur an die Hochschulen, auch in den Arbeitsämtern ist sie mittlerweile stationiert. In elf Arbeitsämtern der BRD hat sie feste Büros, in den anderen ist sie monatlich, um Jugendliche für den deutschen Krieg zu rekrutieren. Mit der Metaller-Arbeitslosen-Initiative der IG Metall protestieren wir hier am Arbeitsamt mit anderen Freunden monatlich gegen die Häscher für den Krieg. Man muss sich fragen, warum die Offiziere mittlerweile sämtliche Arbeitsämter in Beschlag genommen haben. Das war historisch schonmal von Bedeutung: Schon 1935 wurde die Wehrmacht mit den Arbeitsämtern verbunden. Das war notwendig zur planmäßigen Arbeitskräfteinteilung für den kommenden Weltkrieg. Und wofür machen sie es heute?

Wie damals ist die Bundeswehr heute mit der Wirtschaft eng verzahnt. Monopolkonzerne wie die Commerzbank ordnen sich beim „Celler Trialog“ die Bundeswehr für ihre Kriege direkt unter. In den Betrieben geht die Bundeswehr mittlerweile ein und aus. In Ausbildungszentren „betreuen“ sie junge Auszubildende im

Rahmen des „Schaumburger Modell“, halten Vorträge vor den Auszubildenden für den Beruf des Mörders und ihre Eroberungskriege. Aber die Verzahnung geht noch weiter. Mittlerweile kooperieren sämtliche Industrie- und Handelskammern und alle Handwerkskammern der BRD und der angeschlossenen DDR direkt mit der Bundeswehr. In Zusammenarbeit mit dem Reservistenverband suchen die Kammern Arbeitsstellen für ausscheidende Zeitsoldaten und „betreuen“ sie dort auch. Das heißt, das Militär hat ehemalige Soldaten in den Fabriken, die sie gegen die Beschäftigten in Stellung bringen. Das Militär versucht also, die Arbeiter zu militarisieren. Wozu, so frage ich, sollen die Betriebe flächendeckend militarisiert werden?

Doch der Einfluss der Nachfolger der Wehrmacht geht noch weiter. Die Reservisten der Bundeswehr bauen seit ein paar Jahren einen sogenannten Heimatschutz auf. Sie ordnen sich zivile Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, Johanniter, Feuerwehren, der DLRG, die Streikbrecherorganisation Technisches Hilfswerk unter und stellen sie für den deutschen Krieg in Dienst. Auch in Frankfurt gibt es seit dem Jahr 2008 ein Heimatschutzkommando, das im Römer untergebracht werden sollte, aber aufgrund unserer Proteste erst mal zur Feuerwehr in die Nordweststadt ausweichen musste. Aber auch dort müssen sie hinausgeworfen werden.

Dieser Heimatschutz der Bundeswehr-Reservisten wurde flächendeckend in allen 470 Landkreisen und kreisfreien Städten installiert und nach Auskunft der Bundesregierung soll dieser Heimatschutz auch gegen Demonstranten und Streiks eingesetzt werden. Der Einsatz der Bundeswehr im Inland ist also längst verfassungswidrige Realität.

Warum aber ist die Bundeswehr so massiv in den Schulen und Hochschulen, in Betrieben, Arbeitsämtern, auf öffentlichen Plätzen? Und das verstärkt in der Weltwirtschaftskrise? Jeder hier weiß, wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 gelöst wurde. Nämlich durch den Weltkrieg, der dem Monopolkapital Rohstoffe, Land, billigste Arbeitskräfte und riesige Profite einbrachte. Rauben ist allemal profitabler als kaufen. Und aus genau diesem Grund

wird die Gesellschaft erneut militarisiert. Wie sagte schon Bertolt Brecht? „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen.“ Deswegen stehen wir heute am Scheideweg: Die Bank- und Industriemonopole bereiten mit dem Militär den dritten Weltkrieg vor. Und wir müssen alles tun, einen dritten Weltkrieg von deutschem Boden aus zu verhindern. Und als Gewerkschafter müssen wir wieder unsere richtigen Schlüsse ziehen: Auf der Seite des deutschen Imperialismus sein heißt: auf der Seite von Elend und Weltkrieg sein. Ohne den Kapitalismus haben wir eine Zukunft ohne Ausbeutung und Weltkriege.

Heinz Klee, Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall Frankfurt und ver.di Frankfurt

Diskussionsbeitrag:

FAKTEN ZUR MILITARISIERUNG DER UNIVERSITÄT ULM

Ulm ist eine bedeutende Garnisonsstadt mit zahlreichen Kasernen und Militäreinrichtungen, unter anderem ist in der Stadt das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte stationiert, welches multinationale Einsätze weltweit koordiniert, und im nahegelegenen Dornstadt befindet sich die nach Erwin Rommel benannte Rommel-Kaserne. Unweit der Universität liegen eines der fünf Bundeswehrkrankenhäuser (BWK) mit 497 Betten sowie die Kaserne eines Lazarettregiments. Im Januar 1968, noch nicht einmal ein Jahr nach der offiziellen Gründungsfeier der Universität Ulm im Februar 1968, begann die intensive Zusammenarbeit zwischen dem BWK und der Universität Ulm. Der Kooperationsvertrag wurde 2002 erneuert.

Wehrmedizin in Forschung und Lehre

Die Bundeswehr wirkt über das BWK maßgeblich an der Gestaltung der Lehre mit. Ein Großteil der leitenden Ärzte hat die Lehrbefugnis an der Universität Ulm erhalten und übt sie auch aus. Zudem absolvieren jährlich 48 Medizinstudierende ihr praktisches Jahr im BWK. Die Ausbildungsrichtlinien wurden zusammen mit der Medizinischen Fakultät erarbeitet.

Umgekehrt werden, neben zivilen

Studierenden, an der Uni Ulm auch Soldaten des Sanitätsdienstes, und in der Akademie für Gesundheitsberufe an der Uni neben zivilen Azubis auch Soldaten in Pflegeberufen und medizinischen Assistenzberufen ausgebildet. Die Ausbildung der Soldaten wird von der Armee bezahlt.

Die Uni-Klinik unterhält zahlreiche Forschungskooperationen mit dem BWK und anderen Bundeswehreinrichtungen. Eine besonders enge Verbindung besteht zum Zentrum für Chirurgie der Uni-Klinik, dessen geschäftsführender Direktor, Florian Gebhard, von 1989-1993 in der chirurgischen Abteilung des BWK Ulm beschäftigt war. Seit 2007 besteht eine explizit wehrmedizinische Kooperation zwischen der Universität Ulm und der Bundeswehr, innerhalb derer das Institut für Radiobiologie der Bundeswehr in München zusammen mit den Kliniken der Uni Ulm Krankheitsverläufe durch Strahlenschädigung untersucht. Generalstabsarzt Siebertz erklärte anlässlich der Vertragsunterzeichnung stolz: „der Kooperationsvertrag mit der Universität Ulm“ stelle „einen Meilenstein in der wehrmedizinischen Forschung dar“.

Im Herbst 2010 führte das BWK zusammen mit dem anatomischen Institut an der Uni Ulm den Zweiten OP Kurs Kopf- und Halschirurgie im Einsatz

durch, der sich ausschließlich an Sanitätsoffiziere richtete. Die uniformierten, überwiegend im Kampfanzug auftretenden Offiziere waren unmittelbar vor Kursbeginn in Afghanistan im Einsatz. Im Vorwort der Kursbeschreibung wird auf die Folgen zukünftiger Kriege verwiesen. „Dabei sind im Einsatz, insbesondere unter Gefechtsbedingungen, zahlreiche unterschiedliche Verletzungsmuster zu erwarten.“ Und noch deutlicher: „Damit auch unter Einsatzbedingungen eine Versorgung verletzter Soldatinnen und Soldaten sichergestellt ist, die im Ergebnis dem fachlichen Standard in Deutschland entspricht, muss qualifizierte kopf-/halschirurgische Kompetenz zur Verfügung stehen, die Verwundete im Einsatz zunächst primär versorgen und nach Rückverlegung in Deutschland hochwertig und verzugslos weiterbehandeln kann.“ Die Bundeswehr bereitet sich also auf einen größeren Krieg vor und versucht die Sanitätsdienste, die an der Front in den zu erobernden Gebieten agieren, mit den Sanitätsdiensten in der BRD zu koordinieren.

Die enge Kooperation der Lehre mit der Bundeswehr trifft mit der Medizin allein schon 40 % der ca. 8000 Studierenden. Dabei sieht es für die anderen in naturwissenschaftlichen, technischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fächern nur geringfügig besser aus. Wenngleich

eine derartig enge und direkte Verzahnung zwischen Militär und Universität für die nicht-medizinischen Fakultäten und Zentren nicht auszumachen ist, so spielt Forschung für militärische und polizeiliche Anwendungen doch eine wachsende Rolle.

Rüstungsforschung: Unterwasser-Drohnen und Kampfrobooter-Programmierung

Das Institut für Eingebettete Systeme/Echtzeitsysteme präsentierte auf der Hannover Messe Industrie 2008 einen autonomen Unterwasser-Roboter, gewissermaßen einen U-Boot-Drohnen, der flexibel für immer neue ‚Missionen‘ programmierbar und mit Regel- und Navigationssystem, Sonarsystem und Kamera bestückt ist. Sein Einsatz soll in Salzwasser bis zu 150 Metern Tiefe möglich sein. Professor Slomka, Leiter des Lehrstuhls Eingebettete Systeme/Echtzeitsysteme, nennt als mögliche Einsatzgebiete unter anderem dezentrales Energiemanagement, Mobilfunk, „Überwachung von Untersee-Pipelines oder von Seekabeln sowie im Einsatz bei Polizei oder Zoll zur Überwachung und zum Schutz von Seehäfen“.

Die Universität Ulm ist zusammen mit der Universität Magdeburg und dem

Leibniz-Institut für Neurobiologie am Sonderforschungsbereich SFB Transregio (SFB-TR) 62 Eine Companion-Technologie für kognitive technische Systeme beteiligt. Erklärtes Ziel des Forschungsvorhabens ist es, kognitive technische Systeme zu entwickeln, die ihre Funktionalität vollkommen individuell auf den jeweiligen Nutzer abstimmen. In Kooperation mit der Sektion Medizinische Psychologie der Uni-Klinik Ulm sollen Daten aus Sensoren und Datenbanken zeitlich gefiltert, ausgewertet und zur Umgebungserkennung und Personenverfolgung verwendet werden. Die Companion-Technologie soll insbesondere in die Lage versetzt werden, Emotionen auch aus gesprochener Sprache zu erkennen oder Strategiewechsel, d.h. eine Änderung der Handlungsplanung unter Beibehaltung der übergeordneten Zielstellung. Prof. Dr. Michael Popp von der Bundeswehruniversität München hat im zugehörigen SFB-Kolloquium im Sommer 2010 erklärt, worum es denn eigentlich geht. Im Exzellenz-Cluster CoTeSys, der mit dem SFB-TR 62 thematisch verwandt ist, wird versucht, unterschiedliche emotionale Zustände bei der Interaktion zwischen Mensch und Maschine, gemeint sind autonome Roboter, zu erfassen und sogar herzustellen, um die Maschine ‚adäquater‘ auf das Verhalten von Menschen reagieren zu lassen. Bei autonomen Robotern handelt es sich um selbstfahrende und im Militäreinsatz bewaffnete Fahrzeuge. Der oben erwähnte ‚Nutzer‘ der Maschine kann dann durchaus das Ziel im Visier des Kampfroboters sein.

Das Institut für Künstliche Intelligenz präsentierte 2008 auf der Cebit in Hannover ein Programm, das die

Interpretation von Daten aus verschiedenen Datenbanken interpretiert und daraus neues Wissen abzuleiten imstande sei. Dieses Programm stieß auf so gewaltiges Interesse der „Polizeiführung eines großen Bundeslandes“, welches Dr. Liebig, Wissenschaftler am Institut für Künstliche Intelligenz, nicht näher bezeichnen wollte, dass eine Einladung zur „Präsentation auf höchster Ebene“ direkt nach Rückkehr von der Messe vorgelegen hat. Ziel eines solchen Programmes ist es, die Datensätze verschiedener Hilfsorganisationen, wie z.B. dem Roten Kreuz, der Feuerwehr oder der städtischen Verkehrszentrale mit den Datenbanken der Polizei oder des Militärs zu verbinden.

Am Tropf der Rüstungsindustrie

Die Universität Ulm unterhält nach Informationen des Autors keinen speziellen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr zum Zweck der technischen Rüstungsforschung wie z.B. die Technische Universität München. Jedoch erteilen die in Ulm ansässigen Unternehmen EADS, Thales und deren Joint Venture United Monolithic Semiconductors sowie Daimler und andere Großkonzerne den Universitätsinstituten zahlreiche Industrieaufträge. Den genannten Konzernen geht es wohl nicht darum, spezielle Untersuchungsmöglichkeiten zu nutzen, die sie selbst nicht haben. Denn es handelt sich bei diesen Industrieaufträgen nicht nur um punktuelle Anfragen für Untersuchungen, die im Konzern nicht möglich sind, sondern um teils mehrjährige Aufträge über mehrere hunderttausend Euro für simple Untersuchungen. Das ist sachlich nicht nachvollziehbar, da sich z.B. das zentrale

Materialforschungszentrum der EADS im 120 km entfernten München befindet und Daimler ein Forschungszentrum mit vielfältigen Untersuchungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität Ulm betreibt.

Den Institutsleitern wurden seit den neunziger Jahren die Haushaltsmittel systematisch gekürzt. Insbesondere Mittel für große Neuanschaffungen müssen die Professoren anteilig über Industrieaufträge aufbringen. Die Rüstungsindustrie ergreift nun die Möglichkeit,

ganz legal, über die Rechtsabteilung der Universität abgesichert, Professoren und deren Wissenschaftler an sich zu binden. Klar, dass diese Menschen kein böses Wort über Rüstungsforschung verlieren werden, keine Zivilklausel fordern oder eine Ethikdiskussion über Dual-Use-Produkte anzetteln werden. Sie sind also schon im Vorfeld der Diskussion gekauft worden. Angesichts der äußeren Rahmenbedingungen kann man hier durchaus von staatlich organisierter Korruption sprechen.

Louis Meyer

Strategiepapier ZUM WIDERSTAND GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER HOCHSCHULEN

Erarbeitet vom Arbeitskreis Rüstungsforschung auf der 7. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden in Heidelberg, 12.-13. Februar 2010

1. Ausweitung und Vertiefung von Rüstungsforschung an Hochschulen ist ein zentraler Bestandteil der neoliberal-konservativen Militarisierungspolitik, des Krieges nach Innen und Außen.
2. Das wichtigste Konzept dafür ist die Durchdringung von ziviler Forschung mit militärischen Zwecken „dual use“ – nicht gerade neu, aber jetzt eingebettet in eine umfassende zivilmilitärische Strategie für alle Bereiche der Innen- und Außenpolitik.
3. Die Schlüsselrolle dieser zivilmilitärischen Strategie für den Missbrauch der Studierenden und die Formierung künftiger Generationen von verantwortungslosem Führungspersonal im Zuge der sogenannten „Exzellenzinitiative“, der Schaffung von Elite-Universitäten und der Ökonomisierung der Hochschulen ist in großen Teilen der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung bisher nicht erkannt worden. Widerstand tut Not.

4. Zwecks Unterlaufung des Widerstands werden vorwiegend Methoden der Leugnung und Verharmlosung von existierender rüstungsrelevanter Forschung an Hochschulen angewandt und Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie und der außeruniversitären Rüstungsforschung verdeckt. Der erste wichtige Schritt ist Aufdeckung und Bewusstmachung. Dazu sollten an allen Hochschulorten Arbeitskreise gebildet, belebt und miteinander vernetzt werden.

5. Mittels Ökonomisierung der Bildung werden Freiheit und Selbstbestimmung der Universitäten untergraben. Die zunehmende Abhängigkeit von Drittmitteln begünstigt die Durchdringung der Hochschulen mit Militärforschung. Diese Abhängigkeit muss durch ausreichende Grundfinanzierung aufgehoben werden.

6. Zur Bewahrung der Hochschulfreiheit ist es wichtig, die Forderung nach Zivilklauseln (Verzicht auf Militärforschung) ebenso wie die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in den Universitätsgremien und nach autonomen Organen der Studierenden zu erheben und die öffentliche Diskussion über Lehr- und Forschungsinhalte zu fördern.

7. Die zivilmilitärische Konzeption „vernetzte Sicherheit“ bedeutet Kooperation der Bundeswehr mit zivilen Akteuren zwecks »Stabilisierung von Krisenregionen« und Aufbau von Herrschaftsstrukturen in sogenannten „zerfallenden“ Staaten. Mit dieser „Governance“-Konzeption wird versucht, auch geistes- und sozialwissenschaftliche Bereiche von Hochschulen zum Komplizen von Kriegspolitik zu machen.

8. Die studentische Bildungstreikbewegung bietet gute Perspektiven, Aufklärung über Zusammenhänge zu schaffen und Widerstand zu entwickeln. Hierbei hat die Zusammenarbeit von Studierenden, Friedensgruppen und Gewerkschaften eine große Bedeutung.

9. Aufklärung über die verheerenden Wirkungen der zivilmilitärischen Strategie greift ohne Aufklärung über die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wie etwa in den 1968er Jahren an den Universitäten geschehen, zu kurz.

Impressum

Herausgeber: Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) in der
GEW Hessen

Redaktion: GEW-Studierendengruppe Frankfurt

Erscheinungsdatum: 20.11.2010

Druck: Druckzentrum der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Gestaltung: Paul Pistorius

Online: antimilffm.blogspot.de

Mit freundlicher Unterstützung durch die Fachschaft Gesellschaftswissenschaften
der Uni Frankfurt

„Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen — Bundeswehr raus aus den Schulen!“ dokumentiert die gleichnamige Veranstaltung der GEW-Studierendengruppe Frankfurt vom 30. Juni 2010. Die Beiträge analysieren die gegenwärtige Situation an der Hochschule und an der Schule, und zeigen den Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen militaristischen Tendenzen auf. An diese Analysen schließen Strategieüberlegungen für antimilitaristische Politik vor allem an der Hochschule an.

Peer Heinelt

Kriegsforschung und Militarisierung der deutschen Hochschulen

Dietrich Schulze

Widerstand gegen Kriegsforschung und Kampf für eine Zivilklausel

Karola Stötzel

Den Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen

und viele weitere Beiträge zum Thema Militarisierung der Hochschulen